

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang 1987

Heft 3

KNUT BORCHARDT UND CHRISTOPH BUCHHEIM

DIE WIRKUNG DER MARSHALLPLAN-HILFE IN SCHLÜSSELBRANCHEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT*

I. Einleitung

1. Schon kurze Zeit nach Verkündung des Marshallplans im Juni 1947 sind die Erwartungen in seine wirtschaftliche und politische Bedeutung von vielen Seiten bis ins Phantastische gesteigert worden. An seine Durchführung knüpften sich die kühnsten Hoffnungen – und bei den Gegnern die schlimmsten Befürchtungen. Niemand schien zu bezweifeln, daß der Marshallplan Entscheidendes bewirken werde; und in den folgenden Jahren galt denn auch als ausgemacht, daß dieser Plan ein Fundament der wirtschaftlichen Wiedergesundung Westdeutschlands gewesen sei. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, ein Gremium führender Professoren der Wirtschaftswissenschaften, drückte nur eine allgemeine Überzeugung aus, als er in einem Gutachten vom 26. Februar 1950 formulierte: „Die großzügige Hilfe des Marshallplans hat es ermöglicht, den Wirtschaftsprozess in Deutschland wieder in Gang zu bringen.“¹

Umso erstaunlicher ist es, daß die Wirtschaftsgeschichte des Marshallplans bislang nur wenig erforscht worden ist. Lediglich über die Ursprünge und die anfänglichen Konzepte des Marshallplans gibt es eine umfangreichere Literatur, insbesondere im Rahmen von Studien zur Entstehung des Kalten Krieges und zur Ausformung der westeuropäischen Integration². Es ist schwer zu verstehen, worauf

* Eine erste Fassung dieses Aufsatzes wurde im Oktober 1984 gelegentlich des von der George C. Marshall Research Foundation in Washington D. C. veranstalteten Symposiums „The Marshall Plan and Germany“ vorgelegt. Die Organisation und Leitung des Symposiums lag in der Hand von Professor Charles S. Maier, Harvard Universität. Das Gesamtprojekt, neuerlich die Rolle des Marshallplans für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands zu untersuchen, wurde von den Herren Dr. h. c. Hermann J. Abs und Dr. Kurt Birrenbach angeregt und mit Mitteln gefördert, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung stellte. Die Absicht, die Beiträge des Symposiums je in einem englischen und einem deutschen Band zu veröffentlichen, konnte bislang nicht realisiert werden. Um die Arbeit nicht veralten zu lassen und um auch in dem Jahr, in dem der Marshallplans vermutlich in besonderer Weise gedacht wird, einen wissenschaftlichen Beitrag beizusteuern, wird sie hier – aus dem Verband der übrigen Studien gelöst – abgedruckt. Die Autoren danken den Stiftern und den Teilnehmern des Symposiums für Hilfe und Anregungen.

¹ Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Göttingen 1973, S. 68 f.

² Aus der neueren Literatur siehe hierzu: U. Daniel, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, kalter

diese Forschungslücke zurückzuführen ist. Möglicherweise hat die große Übereinstimmung hinsichtlich der ökonomisch-politischen Bedeutung des Plans für das Schicksal Westdeutschlands nicht zu intensiveren Detailstudien herausgefordert. Doch könnte damit der Mangel nur bis etwa zur Mitte der siebziger Jahre erklärt werden. Seither kann von einer übereinstimmenden Bewertung des Marshallplans nicht mehr die Rede sein.

In einer Analyse des Wirtschaftswachstums in den Nachkriegsjahren, in der er den Start des Wirtschaftswunders in das Jahr 1947 verlegte, kam Werner Abelshauer 1975 zu dem Schluß: „Die Bedeutung der Währungsreform und der Marshall-Plan-Lieferungen als Treibsätze des Starts in das ‚Wirtschaftswunder‘ der fünfziger Jahre muß relativiert werden.“³ Im Anschluß an Abelshauer erfuhr der Marshallplan auch bei anderen Autoren eine Herabstufung seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland⁴. Ihnen ist freilich auch widersprochen worden⁵. So kann inzwischen von einer „herrschenden Lehre“ hinsichtlich der Bedeutung des Marshallplans nicht mehr die Rede sein.

Allerdings bezieht sich die geschilderte Debatte im wesentlichen auf Deutungsmuster und Wertungen. Neue Tatsachen sind in ihr kaum mitgeteilt worden – und so besteht die beschriebene Forschungslücke noch immer. Es ist zu befürchten, daß sich ohne neue Ansätze zu vertiefter Forschung der offengelegte Dissens hinsichtlich der Beurteilung der Wirkungen des Marshallplans nicht überbrücken läßt. Dabei ließe sich ein Teil des Streites sicher leichter schlichten, wenn man die den Bewertungen zugrundeliegenden Tatsachenbehauptungen überprüfen würde. Hierzu einen Beitrag zu leisten, ist der Zweck dieser Studie.

Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945–52, Düsseldorf 1982; J. Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976; S. Hoffmann/C. Maier (Hrsg.), *The Marshall Plan: A Retrospective*, Boulder (Colo.) 1984; M. J. Hogan, *American Marshall Planners and the Search for a European Neocapitalism*, in: *American Historical Review* 90 (1985), S. 44–72; M. Knapp, *Reconstruction and West Integration: The Impact of the Marshall Plan on Germany*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 137 (1981), S. 415–433; C. L. Mee, *The Marshall Plan. The Launching of the Pax Americana*, New York 1984; K. Schwabe, *Der Marshall-Plan und Europa*, in: R. Poidevin (Hrsg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (Mars 1948–Mai 1950)* (= *Actes du colloque de Strasbourg* 1984), Brüssel u. a. 1986, S. 47–69; I. Wexler, *The Marshall Plan Revisited. The European Recovery Program in Economic Perspective*, Westport (Conn.) 1983.

³ W. Abelshauer, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975, S. 168; siehe auch ders., *Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 545–587, und ders., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Göttingen 1983, S. 54–63.

⁴ Siehe u. a. E. Ott, *Die Bedeutung des Marshall-Plans für die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 4/80, 26. 1. 1980, S. 19–37.

⁵ Antikritisch zu E. Ott: W. Link, *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 50/80, 13. 12. 1980, S. 3–18.

2. Das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet hat bekanntlich schon vor den Marshallplan-Leistungen im wesentlichen aus den GARIOA-Lieferungen und UK-Contributions bedeutende Hilfen (1945 bis 1948 etwa 2 Mrd. Dollar⁶) erhalten. Schon die Zuteilung von Hungerrationen an die Bevölkerung machte größere Einfuhren nötig, als an Devisen durch westdeutsche Exporte erbracht worden ist. Bei einem Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln, der seinerzeit auf etwa 55 Prozent geschätzt worden ist⁷, beliefen sich die Einfuhren von sogenannten Kategorie A-Gütern (vor allem Lebensmittel; außerdem Saatgut, Düngemittel, Arzneien, Treibstoff), die von den Alliierten finanziert worden sind, 1947 auf 600 Mio Dollar und 1948 auf 942 Mio Dollar⁸. In den gleichen Jahren erbrachten die Ausfuhren nur 196 bzw. 536 Mio Dollar⁹.

Man kann zwar darüber spekulieren, ob die westdeutschen Ausfuhrerlöse größer gewesen wären, wenn nicht die JEIA, das Außenhandelsmonopol der amerikanisch-britischen Besatzungsmacht, bestimmte Zwangsexporte zu relativ niedrigen Preisen abgerechnet und durch die administrative Reglementierung des Außenhandels manche Chance für verstärkten Export ausgelassen hätte¹⁰. Das bedeutet jedoch nicht, daß Auslandshilfe bei einer früheren Änderung des Exportregimes entbehrlich gewesen wäre. Erstens nämlich könnte die Auslandshilfe, und gerade die Marshallplanhilfe mit ihrer von GARIOA verschiedenen Palette der Hilfsgüter, eine der Voraussetzungen dafür gewesen sein, daß die Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung im Inneren und damit auch die Einschränkung der bürokratischen Außenhandelskontrolle möglich geworden sind, was im folgenden Abschnitt genauer untersucht werden soll. Und zweitens blieb ja Westdeutschland 1949 und 1950 weiterhin auf substantielle Zahlungsbilanzhilfen angewiesen.

Die Alternative, eine drastische Reduzierung der Einfuhren auf das Maß der durchsetzbaren Ausfuhren, hätte damals eine ganz andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – mit unkalkulierbarem politischen Gesamtergebnis – vorausgesetzt, als sie von den Deutschen und Alliierten angestrebt worden ist. Offen oder (meist) stillschweigend gehen deshalb auch jene, die inzwischen die Rolle des Marshallplans für den westdeutschen Wiederaufbau herabstufen, von der Notwendigkeit fortgesetzter ausländischer Hilfe aus. Überraschenderweise halten sie aber dennoch seinen Beitrag zum „Wirtschaftswunder“ für vergleichsweise gering. Der Hauptbeleg für diese Behauptung ist dabei das späte Ingangkommen der Marshallplan-Lieferungen.

In Abschnitt II soll gezeigt werden, daß trotz des tatsächlich relativ späten Eintreffens der ersten Marshallplan-finanzierten industriellen Rohstoffe diesen eine entscheidende Bedeutung für die Erweiterung des güterwirtschaftlichen Angebots in

⁶ Deutsche Bundesbank, Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt/M. 1976, S. 341.

⁷ Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft, hrsg. v. Institut für Besatzungsfragen, Tübingen 1949, S. 85.

⁸ Ebenda, S. 114f.

⁹ W. Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland* (s. Anm. 3), S. 158.

¹⁰ So auch in: *Aussichten deutscher Handelspolitik*, in: *Handelsblatt*, Nr. 51, 22. 12. 1947.

einer kritischen Phase nach der Währungsreform zugekommen ist. Um zu erklären, daß diese Lieferungen zum Gelingen der Währungsreform und zur Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung beigetragen haben, bedarf es allerdings einer genaueren Schilderung der damaligen Problemlagen und Entscheidungsabläufe sowie der Wirkungschancen der gelieferten Güter. Für die detaillierte Untersuchung ist der Textilsektor ausgewählt worden, weil er seinerzeit im „Brennpunkt des öffentlichen und damit auch des politischen Interesses“¹¹ gestanden hat und ein Hauptempfänger von Marshallplan-Hilfe in Form von Baumwollimporten gewesen ist.

3. Das zweite Instrument des Marshallplans waren die originären (und später auch die abgeleiteten) Gegenwertmittel, d. h. die von den Importeuren der ERP-Lieferungen, deren Devisenkosten kreditiert worden sind, bezahlten Kaufsummen in Mark. Schon bald nach Verkündung des Marshallplans knüpften sich an die Gegenwertmittel die größten Hoffnungen der deutschen Wirtschaftspolitiker¹². Diese Mittel schienen 1. das Problem der Kapitalknappheit und 2. das Problem der Steuerung von Investitionsmitteln an die Stellen dringendsten Bedarfs lösbarer zu machen.

In Abschnitt III wird am Beispiel der Elektrizitätswirtschaft gezeigt, welche Rolle Lieferengpässe für die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft gespielt haben und daß diese auch auf den Engpass der Kapitalbereitstellung zurückzuführen waren. Im Gegensatz zu manchen Behauptungen in der Literatur kommen wir zu dem Ergebnis, daß es zu den Marshallplan-Gegenwertmitteln angesichts der gegebenen ordnungspolitischen Grundentscheidungen zur Aufrechterhaltung von Bewirtschaftung und Preiskontrolle in der Stromwirtschaft kaum wirkungsvolle Finanzierungsalternativen gegeben hat. Wohl aber lassen sich einige Gründe für die Vermutung anführen, daß ein früherer Übergang zu marktwirtschaftlichen Regelungen auch bei der Stromversorgung Marshallplan-Gegenwertmittel für die Wiederaufbaufinanzierung in diesem Bereich weniger dringlich gemacht hätten.

4. Den hier vorgelegten Fallstudien liegt die Überzeugung zugrunde, daß die strukturellen Probleme der westdeutschen Nachkriegswirtschaft eine spezifische Betrachtungsweise erfordern. Ein, wenn nicht *das* Zentralproblem der Entwicklung waren die Engpässe der Produktion und der Finanzierung¹³. Sie definierten Leistungsvermögen und Entwicklungschancen. Analysen, die dies nicht beachten und den Wirtschaftsprozess vornehmlich mit Hilfe makroökonomischer Kennziffern beschreiben und daraus Schlüsse ableiten, vermitteln ein wirklichkeitsfremdes Bild.

Für entwickelte Wirtschaften mit freier Marktpreisbildung mag eine makroökonomische Perspektive, beruhend auf der Erfassung der Bestände und Ströme in gro-

¹¹ Textilwirtschaft am Scheideweg. Rückfall in die Bewirtschaftung, in: *Wirtschafts Zeitung*, Nr. 61, 22. 12. 1948.

¹² Siehe hierzu u. a. M. Pohl, *Wiederaufbau. Kunst und Technik der Finanzierung 1947–1953. Die ersten Jahre der Kreditanstalt für Wiederaufbau*, Frankfurt/M. 1973; Belege auch in: *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949*, Bd. 4, München 1983, S. 562, 606 u. a.

¹³ Siehe hierzu R. Salomon, *Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948–1952*, Kiel 1954.

ßen Aggregat-Ausdrücken (Sozialprodukt, Bruttoinvestitionen, Einfuhr, Ausfuhr etc.) angemessen sein. Sie setzt voraus, daß die für die Summierung der Teilmengen benützten Wertmaßstäbe (Preise) wenigstens tendenziell gesellschaftliche Wertungen ausdrücken und daß die Zusammensetzung dieser Bestände und Ströme im großen und ganzen den Bedürfnissen von Produktion und Konsum entspricht. Davon kann in der hier zu behandelnden Zeit noch nicht die Rede sein. Es ist deshalb wenig aussagekräftig, die Bedeutung des Marshallplans anhand von Kennziffern zu messen, die seine Leistungen mit einer hoch aggregierten Bezugsgröße vergleichen¹⁴. Es ist vielmehr nötig, auch und gerade für die Analyse der Wirkungen des Marshallplans in den Kern der Engpaßproblematik vorzustoßen. Das kann nur mit sektoralen und gelegentlich gar nur mit solchen Untersuchungen geschehen, die einzelne Betriebe erfassen.

II. Die Rolle der Marshallplan-finanzierten Baumwolleinfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in den Jahren 1948 und 1949

1. „Die Textilwirtschaft steht im Brennpunkt des westdeutschen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Geschehens. Die Textilwirtschaft wird das Schicksal der künftigen Wirtschaftspolitik Westdeutschlands entscheiden.“ So sagte Erhard auf einer Kundgebung des Textileinzelhandels im Dezember 1948¹⁵. Die *Wirtschafts Zeitung* schrieb dazu in einem Artikel über den drohenden „Rückfall in die Bewirtschaftung“: Die Äußerung „mag, wenn man die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Konsumgüterindustrie mit den Grundstoffindustrien abwägt, übertrieben erscheinen. Dennoch ist sie inhaltsschwer: sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der Kurs unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik wesentlich von den Vorgängen auf dem Textilgebiet abhängen wird. Die Textilwirtschaft steht heute neben der Lebensmittelwirtschaft im Brennpunkt des öffentlichen und damit auch des politischen Interesses.“¹⁶

Es ging um die besorgniserregenden Preissteigerungen insbesondere für Textilwaren¹⁷, die sich seit Anfang Juli ergeben hatten, als man in der Bizone die Preisbindung und große Teile der Bewirtschaftung von Konsumgütern aufgehoben hatte. Die Preiserhöhungen waren sozialpolitisch sehr bedenklich, wurden doch die Ärmern damit mehr und mehr von der Deckung ihres dringenden Bedarfs ausgeschlossen. Der Ruf nach Rückkehr zur behördlichen Preisregelung wurde jetzt immer lauter und gewann breite politische Unterstützung. An der Textilwirtschaft, oder noch

¹⁴ So aber u. a. E. Ott, *Die Bedeutung* (s. Anm. 4), S. 34, wo das geringe Gewicht der Gegenwertmittel suggestiv aus dem relativ geringen Anteil dieser Finanzierungsart an der Gesamtsumme der Anlageinvestitionen abgeleitet wird.

¹⁵ *Gebundener Warenverkehr*, in: *Textil-Zeitung (TZ)*, Nr. 60, 11. 12. 1948.

¹⁶ *Textilwirtschaft am Scheideweg* (s. Anm. 11).

¹⁷ *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952*, S. 404: Anstieg des Preisindex der Bekleidungsüter von Juni bis Dezember 1948 + 35% (zum Vergleich Ernährung + 18%).

genauer: An der Baumwollindustrie, „wo die Dinge in sozialpolitischer Hinsicht besonders bedrohlich liegen“, wie Erhard in einem Streitgespräch mit Erik Nöbling (SPD) im November 1948 zugab¹⁸, drohte das Experiment der Marktwirtschaft zu scheitern.

2. Die Preissteigerungen signalisierten, daß das Angebot an Textilien im Vergleich zum aufgestauten Bedarf unzureichend war. Zwar sind nach der Währungsreform Lagerbestände aufgelöst worden¹⁹ und die Produktion ist stark angestiegen (s. Tabelle 1), aber nicht genug, um den Warenhunger zu befriedigen. Im Verlauf des Krieges waren ja immer weniger und 1945/46 praktisch keine Textilien über die offiziellen Kanäle bereitgestellt worden. Noch 1947 sind kaum 4 Prozent derjenigen Menge, die 1936 in Deutschland für den Verbrauch je Einwohner zur Verfügung gestanden hatte, für den zivilen Bedarf freigegeben worden. Im ersten Halbjahr 1948 sah es zwar schon etwas besser, aber noch immer trostlos genug aus, als der zivile Verbrauch an Textilien sich je Kopf auf 20 Prozent desjenigen von 1936 belief²⁰. Kein Wunder, daß sich der Wunsch nach Beschaffung von Textilwaren, als dies nach der Währungs- und Bewirtschaftungsreform möglich schien, mächtig regte²¹.

Auch die formal fortbestehende Rationierung von Textilwaren in Form des Endverbraucherpunkts änderte nichts daran, daß die plötzliche Konzentration der kaufkräftigen Nachfrage auf Textilien die Preise in die Höhe trieb. Bezugsrechte wurden nämlich sehr reichlich ausgegeben, was erforderlich schien, damit der nach der Währungsreform für die Liquidität der Betriebe notwendige Geldfluß vom Verbraucher über den Handel zur Industrie nicht ins Stocken geriet²². Doch wurden Textilien auch ohne Punkte verkauft, und wer unbedingt weitere Punkte zur Anschaffung eines bestimmten Gutes brauchte, konnte sie sich über den schwarzen Markt besorgen²³. Nachdem einmal das Geld- und Preissystem in seine Funktion getreten war, duldeten es offensichtlich neben sich keinen zusätzlichen Rationierungsmodus.

Durch den Nachfrageboom war es den Produzenten möglich, die erhöhten Kosten der Textilproduktion – die Festsetzung eines Umrechnungskurses von

¹⁸ Deutsche Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform. Abdruck der Rede Ludwig Erhards aus dem Streitgespräch mit Erik Nöbling am 14. November 1948 in Frankfurt/M., in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 18 (4/1983), S. 41.

¹⁹ Die Lage nach der Währungsreform, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 4, S. 19.

²⁰ Erster Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1950, Anhang Nr. 16; Bessere Versorgung der Textilindustrie, in: Handelsblatt, Nr. 58, 12. 10. 1948.

²¹ Vergleiche verschiedene Umfrageergebnisse: Nach süddeutschem Muster, in: Neue Textilzeitung (NTZ, Vorläufer der Textil-Zeitung), Nr. 26, 25. 6. 1948; Reactions toward Currency Reform in the U. S. Zone of Germany, in: A. J. Merritt und R. L. Merritt (Hrsg.), Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949, Urbana u. a. 1970, S. 251 f.; siehe auch: Ifo-Schnelldienst, 9. Lfg. v. 1. 10. 1948.

²² Verkaufsfreudigkeit in Württemberg, in: NTZ, Nr. 27, 2. 7. 1948.

²³ Stabilisierung in Sicht?, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 7, S. 26; Die Lage nach der Währungsreform (s. Anm. 19), S. 21.

Tabelle 1: Textilproduktion und Textilpreise im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) 1948/49

	1.48	2.	3.	4.	5.	6.48	7.	8.	9.	10.	11.	12.48	1.49	2.	3.	4.	5.	6.49	7.	8.49
1. Produktionsindex (ohne Kunstseide u. Zellwolle), arbeitstäglich (6.48 = 100)	89	105	104	108	105	100	128	147	156	164	168	172	185	199	219	226	237	224	217	235
2. Index der Erzeugerpreise (1938 = 100)						175	200	209	218	222	221	220	219	217	216	215	213	212	211	210
3. Index der Einzelhandelspreise (7.49–6.50 = 100)						107	112	118	124	130	135	135	129	124	120	116	112	108	106	104

Quellen: Zeile 1 errechnet aus: Statistische Monatszahlen, *Wirtschaft und Statistik*, N.F.1, 1949;

Zeile 2 errechnet aus: *Stat. Jb. f. d. Bundesrep. Dtl.* 1952;

Zeile 3 errechnet aus: W. Moritz, *Die Entwicklung der westdeutschen Textilindustrie seit 1948* (DIW, Sonderhefte, N.F. 29), Berlin 1954, S.23.

30 Cents für die Mark ab Mai 1948 verdreifachte die Baumwollpreise²⁴ – auf den Verbraucher zu überwälzen. Und die Händler konnten ihre Handelsspannen unverändert lassen, so daß sich die Handelsgewinne stark erhöhten²⁵.

3. Statt nun ein Mehrangebot förmlich herauszusaugen, hatten die Preissteigerungen zunächst eine tendenziell entgegengesetzte Wirkung. Angesichts der Unsicherheit hinsichtlich der Rohstoffversorgung und in Erwartung weiter steigender Preise hielten sich Textilerzeuger und -händler, nachdem sie ihren dringendsten Bedarf an Liquidität befriedigt hatten, im Warenangebot zurück. Hatte doch die JEIA einen Einkaufsstopp verfügt, nachdem, offenbar infolge des „Importbooms“ im ersten Halbjahr, ihre Dollarreserven (bei Einbeziehung ihrer Akkreditivverpflichtungen) ziemlich erschöpft waren²⁶. Erste Zeichen für eine Angebotszurückhaltung gab es bereits im Juli 1948; die Lieferfristen wurden verlängert und Kompensationen wieder verlangt²⁷. Auf den Textilmessen wurden angesichts der stürmischen Nachfrage vor allem „alte Kunden“ der Lieferanten bedient und auch das mit nur geringen Quoten von manchmal 20–30% der erstrebten Auftragshöhe oder bei Stellung von Material im Gegengeschäft²⁸. Es kam gewissermaßen zu einem „freiwilligen“ Rückfall in die Zeiten der Bewirtschaftung mit den Symptomen einer verdeckten Inflation und, bei längerer Dauer dieses Zustandes, mit einer offenkundigen Gefahr für den Erfolg der Währungsreform.

Der entscheidende Engpaß war – so sah man es jetzt allgemein – die Rohstoffversorgung der Textilwirtschaft²⁹. Die Wirtschaftsverwaltung der Bizone beschloß eine Änderung ihrer Versorgungspolitik. Sie beantragte bei den ECA-Stellen, von den für das 4. Quartal 1948 in Aussicht gestellten ERP-Geldern nicht – wie ursprünglich geplant – 65 Prozent für die Ernährungs- und Landwirtschaftseinfuhren zu disponieren, sondern nur 35 Prozent, hingegen nun 65 Prozent für die Industrie bereitzustellen, denn: „Die Lage auf dem Konsumgütermarkt erfordert eine stärkere Forcierung des industriellen Nachschubs, zumal die Industrieimporte für das 1. ERP-Quartal ganz ausgeblieben sind.“³⁰ Der Militärregierung wurde vom Chef der Zweizonen-Verwaltung, Oberdirektor Pünder, mitgeteilt: „Der Erfolg der Währungsreform hängt entscheidend davon ab, daß es gelingt, ausreichende Men-

²⁴ Siehe den Artikel: 30 Cents endgültig in Kraft, in: NTZ, Nr. 24, 11. 6. 1948.

²⁵ Weder Strukturschäden noch Störungen, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 6, S. 22.

²⁶ Baumwoll-Versorgung gefährdet?, in: NTZ, Nr. 35, 27. 8. 1948; 222,5 Mio Dollar Importverträge, in: Die Welt, Nr. 56, 13. 5. 1948; Das unzweckmäßige Importverfahren, in: Handelsblatt, Nr. 28, 29. 6. 1948.

²⁷ Die zentrale Preisfrage, in: NTZ, Nr. 31, 30. 7. 1948; Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 4, S. 12; ebenda, H. 5, S. 20; ebenda, H. 7, S. 30.

²⁸ Wünsche und Möglichkeiten in Köln, in: NTZ, Nr. 39, 24. 9. 1948; über die Frankfurter Messe ebenda, Nr. 41, 6. 10. 1948.

²⁹ Siehe auch Ifo-Schnelldienst, Nr. 1, 20. 7. 1948.

³⁰ Min.-Dirig. Keiser auf der Direktoriatsitzung in Frankfurt am 24. 8. 1948. Akten zur Vorgeschichte (s. Anm. 12), Bd. 4, S. 759f.; s. auch: IfZ-Archiv, MF 260, POLAD 815/36, 21. 10. 48, Subject: Inflationary Tendencies.

gen an gewerblichen Erzeugnissen im Konsumgüterbereich zur Verfügung zu stellen und dadurch die gegenwärtigen Spannungen hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung und der Preisentwicklung zu mildern oder zu beseitigen.“³¹

4. Gewiß waren die Textilmärkte in diesen Monaten nicht der einzige Problemereich, aber sie waren ein wirtschafts- und sozialpolitisch besonders empfindlicher Sektor. Als sich die Lage zuspitzte, wurde die Auseinandersetzung sehr heftig geführt³², begleitet von Aufforderungen zu Käuferstreiks, Demonstrationen und gewalttätigen Tumulten³³. An einen Erfolg der marktwirtschaftlichen Politik glaubte man in diesen Monaten immer weniger, weil man entweder eine Preis-Lohn-Spirale und damit neuerliche Inflation und Währungszerrüttung³⁴ oder aber den Sturz Erhards befürchtete³⁵. Zweimal, am 17. 8. und 10. 11. 1948, stellte die SPD im Wirtschaftsrat, wenn auch erfolglos, den Antrag auf Abberufung des Wirtschaftsdirektors. Der Länderrat stimmte, einschließlich der der CDU/CSU angehörenden Ministerpräsidenten, am 18. 11. 1948 einer Resolution zu, die den Versuch, auf kritischen Mangelgebieten Marktwirtschaft herzustellen, für gescheitert erklärte³⁶. Selbst im Verwaltungsrat war Erhards Politik umstritten, wie der Vorschlag des Direktors für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen, ein unabhängiges Preisamt zu errichten, zeigt³⁷.

Erhard sah sich gezwungen, der öffentlichen Stimmungslage Rechnung zu tragen. Er mußte wenigstens den guten Willen beweisen, direkt wirksame Mittel gegen die Preissteigerungen und die bedrohliche Zunahme von Kompensationsgeschäften einzusetzen. Im September 1948 wurde für Textilwaren und Schuhe ein erster „Preispiegel“ veröffentlicht, der Anhaltspunkte über Normalpreise geben und damit zur Markttransparenz beitragen sollte. Er war in den Geschäften gut sichtbar auszuhängen³⁸. Gleichzeitig begann die Verwaltung für Wirtschaft (VfW), zusammen mit der Textilwirtschaft nach dem Vorbild der englischen „Utility“-Waren das sogenannte „Jedermann-Programm“ für Produktion und Verkauf preiswerter Qualitätsartikel auszuarbeiten³⁹, das im November anlief. Im Oktober trat das entsprechend einer Vorlage der VfW beschlossene Gesetz gegen Preistreibeerei in Kraft, das „unangemessene Entgelte“ unter Strafe stellte. Im Dezember kündigte Erhard gar

³¹ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, 1983, S. 760.

³² Siehe hierzu auch G. Ambrosius, *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949*, Stuttgart 1977, S. 184 ff.

³³ Aktion gegen den Preiswucher!, in: *Der Bund* (Nordmark-Ausgabe), Nr. 17, 19. 8. 1948; Zwischenfälle in Stuttgart, in: *Die Welt*, Nr. 128, 30. 10. 1948.

³⁴ Preise-Löhne, in: *Die Welt*, Nr. 96, 17. 8. 1948; Besprechungen über Kleider und Schuhe, in: *Hamburger Allgemeine Zeitung*, Nr. 80, 13. 9. 1948.

³⁵ Preispolitische Probleme Westdeutschlands. Gefährdung des Regimes Erhard?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 331, 1. 12. 1948.

³⁶ Akten zur Vorgeschichte (s. Anm. 12), Bd. 4, S. 958, Anm. 5.

³⁷ Ebenda, S. 53 ff.

³⁸ Anordnung PR Nr. 105/48, *Mitteilungsblatt der Verw. f. Wirtschaft*, 1948 II, S. 158.

³⁹ Abschrift des Briefes der VfW an die Landeswirtschaftsämter v. 22. 9. 1948, BA Koblenz B 102/629.

die Ausdehnung des Jedermann-Programms auf 70–80% der Textilproduktion an⁴⁰. Das hätte diesen Wirtschaftszweig faktisch aus der Marktwirtschaft herausgenommen.

Höhere Preise als die der Preisspiegel wurden zum Kriterium für die Preisbehörden der Länder nachzuprüfen, ob ein Verstoß gegen das Preistreibereigesetz vorläge. Der nächste Schritt war dann der übereinstimmende Beschluß sämtlicher Preisbildungsstellen, sogenannte Grenzpreise festzulegen, deren Überschreitung in der Regel als unangemessen zu gelten hatte⁴¹. Schließlich verließ man bei der Novellierung des Preistreibereigesetzes den Grundsatz der Knappheitspreise und baute eine Klausel ein, die teilweise wieder die Kostenentwicklung zum Maßstab für die Angemessenheit der Preise machte.

5. Angesichts der geschilderten Vorgänge, zu deren Auslösern an hervorragender Stelle Entwicklungen in der Textilwirtschaft gehörten, fragt es sich, warum ein Rückfall in die Zwangswirtschaft doch ausgeblieben ist. Die Antwort ist klar. Wie Tabelle 1 zeigt, veränderten sich die Einzelhandelspreise für Textilien im Dezember 1948 im Durchschnitt nicht mehr und sanken dann im neuen Jahr kontinuierlich bis unter ihr Ausgangsniveau vom Juni 1948. „Der Umbruch der Preiskurve (fiel) sozusagen mitten in das Weihnachtsgeschäft.“⁴² Am Jahresende herrschte in der Geschäftswelt allgemein der Eindruck vor, daß die Preise ihren Kulminationspunkt überschritten hätten⁴³. Demnach stieß die systemsprengende Verschärfung der Preispolitik weitgehend ins Leere; allerdings hielt sich die VFW angesichts des Trendumschwungs auch mit unmittelbaren Preismaßnahmen zurück⁴⁴. Vom Jedermann-Programm war nicht mehr die Rede, Grenzpreise wurden nicht mehr festgesetzt⁴⁵. Im April 1949 wurde die Verpflichtung zum Aushang der Preisspiegel, im Mai auch formell die Punktpflicht für den Verkauf von Textilien an den Endverbraucher aufgehoben⁴⁶. Im Sommer 1949 schrieb die Wirtschafts Zeitung unter der Überschrift „Die uninteressanten Preise“: „Die Diskussion um die Preisentwicklung ist verstummt.“⁴⁷ Andere Probleme, wie das des Kapitalmangels und der Beschäftigung, traten nun in den Vordergrund.

Die unmittelbare Ursache für die Umkehr des Preistrends auch bei Textilien war vermutlich eine Abschwächung der Verbrauchernachfrage, die, entgegen normalen Saisoneinflüssen, sich schon vor Weihnachten 1948 abgezeichnet hat⁴⁸. Nach Ver-

⁴⁰ Die Welt, Nr. 143, 9. 12. 1948.

⁴¹ „Grenzpreise“, ein neuer Preisbegriff, in: Wirtschafts- und Finanz-Zeitung, Nr. 2, 14. 1. 1949.

⁴² Vor einer Senkung der Preise, in: Wirtschaftsverwaltung 2 (1949), S. 43; siehe auch Monatsberichte der Bank deutscher Länder (BdL), Januar 1949, S. 11 f.

⁴³ Wirtschaftspolitischer Wochenkommentar, in: Hamburger Freie Presse. Wirtschafts-Correspondent, Nr. 52, 30. 12. 1948.

⁴⁴ Preisstabilisierung als erstrebtes Ziel, in: Handelsblatt, Nr. 14, 22. 2. 1949.

⁴⁵ Keine Grenzpreise mehr, in: Die Welt, Nr. 7, 18. 1. 1949.

⁴⁶ Anordnung PR Nr. 36/49 v. 27. 4. 1949, VFWMBL 1949 II, S. 55; Anordnung Text. II/49 v. 4. 5. 1949, VFWMBL 1949 I, S. 70.

⁴⁷ Wirtschafts-Zeitung, Nr. 68, 24. 8. 1949.

⁴⁸ Monatsberichte der BdL, Januar 1949, S. 12, 24 ff.

ausgabung der Kopfbeträge und eines großen Teils der umgestellten Spareinlagen wurde nun erstmalig seit der Währungsreform die Kaufkraft der Masse der Verbraucher auf ihr laufendes Einkommen beschränkt. Auch werden die Maßnahmen des Zentralbanksystems zur Bremsung der Kreditexpansion vom November 1948⁴⁹ auf die Textilpreise mäßigend eingewirkt haben. Sie haben die Selbständigen zu einem vorsichtigeren privaten Ausgabeverhalten veranlaßt⁵⁰ und durch die Erhöhung der Lagerfinanzierungskosten den Warenfluß beschleunigt. – Ob die von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen der Preisberuhigung einen nennenswerten eigenen Beitrag geleistet haben, wird man bezweifeln dürfen. Schon das Datum des Preisumschlags Anfang Dezember dürfte dagegen sprechen, ihnen ein großes Gewicht beizumessen.

6. Doch ist mit den erwähnten Tatsachen der Preisumschlag noch nicht hinreichend erklärt. Insbesondere bei den Textilwaren kann die Preisberuhigung nämlich nicht auf einen drastischen Rückgang der Nachfrage zurückgeführt werden, welcher gleichsam eine „Überproduktion“ offenbart hätte. Die Erzeuger sahen sich auch nach dem Umschwung der Einzelhandelspreise – bei ständig steigender Produktion – einer anhaltend großen Nachfrage ausgesetzt; und die Erzeugerpreise sind von ihrem Höchststand im Oktober/November 1948 in den folgenden Monaten nur wenig abgesunken (s. Tabelle 1). „Auf dem Rohstoff- und Garnsektor überstieg in der Berichtszeit die Nachfrage noch bei weitem das Angebot. Die Nachfrage des Großhandels bei den Webereien, Wirkereien und Strickereien hielt, wenn auch aus finanziellen Gründen etwas verringert, an, bei im ganzen noch immer ungenügendem Angebot“, hieß es in einem Lagebericht im Februar 1949⁵¹.

Wenn Handel und die Bekleidungsindustrie unter Druck geraten sind, so auch deswegen, weil sie, nachdem nicht mehr relativ unkritisch alles gekauft wurde, auf überhöhten Beständen alter, qualitativ nicht mehr befriedigender Ware sitzen zu bleiben drohten. Die Neuproduktion der Spinnereien und Webereien fand hingegen reibungslos Absatz⁵². Ein Rückgang der Neuproduktion oder auch nur die Aussicht auf einen Rückgang hätte daher vermutlich, statt die Hortungstendenz abzubauen, diese auf allen Stufen verstärkt. Das Angebot wäre nicht verflüssigt worden, ein Absinken der Verbraucherpreise nicht zustande gekommen, zumal die Endnachfrage z. B. bei Meterware nach wie vor kaum gedeckt werden konnte⁵³. Um den Preisumschwung auch am Textilmarkt allein von der Nachfrageseite her zu bewirken, hätte wohl eine echte Deflationskrise mit hoher Arbeitslosigkeit herbeigeführt werden

⁴⁹ H. Möller, Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt/M. 1976, S. 467 f.

⁵⁰ Auf die Senkung der Nachfrage nach Luxuswaren im Dezember verweist: Vor einer Senkung der Preise, in: *Wirtschaftsverwaltung* 2 (1949), S. 42.

⁵¹ *Wirtschaftsverwaltung* 2 (1949), S. 221. Vgl. auch: *Gesunde Textilproduktion. Die Krise rationalisiert den Verteilungsapparat*, in: *Wirtschaftsrevue*, Nr. 6, 11. 2. 1949.

⁵² *Gesunde Textilproduktion* (s. Anm. 51); *Schwarzer Peter*, in: *TZ*, Nr. 29, 13. 4. 1949.

⁵³ *Textilwirtschaft im Aufstieg*, in: *Wirtschafts- und Finanz-Zeitung*, Nr. 14, 7. 4. 1949; *Mangelware*, in: *TZ*, Nr. 35, 4. 5. 1949; *Monatsberichte der BdL*, Februar 1949, S. 13 f.

müssen, wodurch jedoch für das Gelingen der Bewirtschaftungsreform vermutlich nichts gewonnen worden wäre. Daß es anders gekommen ist, lag an der Sicherung der Rohstoffzufuhr durch Marshallplan-Importe⁵⁴.

7. Für die Versorgung mit Textilrohstoffen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes waren die Einfuhren, insbesondere die von Baumwolle, von herausragender Bedeutung. Fast die Hälfte aller in der Bizone 1948 und 1949 (Januar bis September) erzeugten Garne (einschließlich Kunstseide) stammten aus Baumwollspinnereien⁵⁵. Im Inland produzierte Baumwollgarne stellten, bei ziemlich unbedeutender Garn-einfuhr, den wichtigsten einzelnen Input der Webereien dar. 1950 waren nahezu 60% aller in der Bundesrepublik gewebten Stoffe ganz oder überwiegend aus Baumwolle⁵⁶.

Tabelle 2 zeigt, daß die Baumwollgarnerzeugung nach der Währungsreform über die Jahreswende 1948/49 hinweg bei stark steigender arbeitstäglicher Produktionsleistung ziemlich kontinuierlich zunahm. Die Produktivität des einzelnen Arbeiters und die Zahl der Arbeitsstunden wuchsen schnell⁵⁷. Dagegen fiel die Baumwollzufuhr nach Juli 1948 wegen des erwähnten Einkaufsstops der JELA zunächst steil ab. Dementsprechend verringerten sich die Rohstofflager der Spinnereien. Man kann annehmen, daß die Zahlen in Spalte 6 der Tabelle auch den Gesamtumfang der Lager einigermaßen zutreffend angeben, da die Lager Anfang 1948 nach Aufarbeitung der sogenannten OMGUS-Baumwolle, des ersten großen Postens Baumwolle nach dem Krieg überhaupt⁵⁸, wohl weitgehend aufgebraucht waren⁵⁹. Dann aber bedeutete der erneute Lagerrückgang seit September 1948, daß der für eine geregelte Produktion der Spinnereien normalerweise angesetzte Mindestbestand an Baumwolle⁶⁰, kaum daß er erreicht worden war, wieder verlorenging. Da zudem die laufenden Importe gering und ausreichende Anschlußkäufe noch nicht getätigt waren, versteht man die Aufregung in den Kreisen der Baumwollwirtschaft, die im August und September ihren Höhepunkt erreichte und zu düsteren Prognosen Anlaß gab.

⁵⁴ Ähnliches wie für die Textilbranche galt im übrigen auch für die zweite damals wegen ihrer Preissteigerungen angesichts allgemein dringenden Bedarfs ins Kreuzfeuer der Kritik geratene Branche, die Schuhindustrie, da praktisch die gesamte Ledereinfuhr und die Hälfte des Häuteimports (bei 70%iger Auslandsabhängigkeit) des 1. Halbjahres 1949 Marshallplan-finanziert waren.

⁵⁵ Statistische Monatszahlen, *Wirtschaft und Statistik*, N. F. 1, 1949.

⁵⁶ *Die Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1950*, hrsg. von der Textil-Statistik GmbH, Frankfurt/M., S. 16f.

⁵⁷ *Bessere Versorgung der Textilindustrie*, in: *Handelsblatt*, Nr. 58, 12. 10. 1948.

⁵⁸ Gespräch mit Frau Dr. Wiehenkel, ehemalige Mitarbeiterin im Textilreferat der VFW, in Garmisch-Partenkirchen am 14. 1. 1984; siehe auch Bericht der Handelskammer Bremen über die Jahre 1945/47, S. 19f.

⁵⁹ *Textil-Produktion in der Doppelzone*, in: *Wirtschaftsrevue*, Nr. 8, 21. 2. 1948.

⁶⁰ Die Angaben reichen vom 1½- bis zum 4-fachen eines Monatsverbrauchs, siehe: *Zwischen 30 Cents und ACSC-Kredit*, in: *NTZ*, Nr. 25, 18. 6. 1948; *Baumwollversorgung gefährdet?*, in: *NTZ*, Nr. 35, 27. 8. 1948; *Textil-Produktion in der Doppelzone* (s. Anm. 59).

Tabelle 2: Produktion und Rohstoffverbrauch der Baumwollspinnereien im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) (in 1000 t)

	Garnproduktion		Baumwoll-	Nettoeinfuhr	Davon: ERP-	Lagerbestands-
	gesamt	arbeits-	verbrauch	v. Baumwolle	finanziert	änderung bei
	(1)	tätlich	(3)	(4)	(%)	Spinnereien;
		(2)				kumuliert im
						Vergleich zu
						Jan. 48
						(6)
1.48	6,2	0,24	5,5	9,3	-	
2.48	6,5	0,27	5,7	3,3	-	3,6
3.48	7,2	0,29	6,4	5,7	-	0,5
4.48	7,7	0,3	6,8	11,5	-	-0,6
5.48	6,2	0,28	5,5	7,1	-	5,4
6.48	7,1	0,27	6,3	12,7	-	6,2
7.48	8,1	0,3	7,1	13,5	-	11,8
8.48	9,1	0,35	8,0	5,4	-	17,3
9.48	10,1	0,39	8,9	9,8	-	13,8
10.48	11,3	0,43	10,0	8,0	-	13,6
11.48	11,1	0,44	9,8	5,0	64	11,8
12.48	12,0	0,46	10,6	28,4		6,2
1.49	12,4	0,5	10,4	6,5	63	24,2
2.49	12,9	0,54	10,9	23,2		19,8
3.49	15,8	0,59	13,3	11,9		29,7
4.49	14,3	0,6	12,1	11,4	9	29,5
5.49	16,4	0,66	13,8	14,3	16	27,1
6.49	14,6	0,6	12,3	19,5	52	29,1
7.49	15,1	0,58	12,7	13,0	37	35,9
8.49	17,6	0,65	14,8	13,5	54	34,1
9.49	19,1	0,73	16,1	13,0	30	31,5

Quellen:Spalte 1: Statistische Monatszahlen, *Wirtschaft und Statistik*, N.F. 1, 1949.Spalte 2: Errechnet aus: *ebenda*.

Spalte 3: Errechnet aus Spalte 1 unter Zugrundelegung einer Abfallquote im Spinnprozeß von 15% im Jahr 1948 und von 11% im Jahr 1949 und eines Zellwollanteils am gesamten Rohstoffverbrauch der Spinnereien von 25%. Diese Anteile wurden den Verfassern in einem Brief von Herrn Reiner Ott, Industrieverband Garne e.V., Frankfurt/M., vom 29.2.1984 mitgeteilt.

Vgl. auch O.Pungs, Die Baumwollspinnereien im Aufschwung, in: *Baumwollindustrie, Der Volkswirt* 4 (1950), Bd. 2, Nr. 49, S. 28.Spalte 4: *Monatliche Außenhandelsstatistik des Vereinigten Wirtschaftsgebiets*, Zusammenfassende Übersichten.Spalte 5: Wertverhältnisse; *ebd.* in Verbindung mit *Das Europäische Wiederaufbauprogramm* (s. Anm. 64), S. 62 f.; JELA, *Monatsberichte April-Juni 1949*; *Status Reports bzw. Berichte* (über die ERP-Einfuhren), BA Koblenz B146/94-96.Spalte 6: Errechnet als Baumwollverbrauch (Sp. 3) subtrahiert von der Baumwolleinfuhr des Vormonats (Sp. 4), wobei die sich ergebenden Werte kumuliert wurden. Die Reihe zeigt, um wieviel sich, unter den gegebenen Annahmen, die Lagerbestände am Schluß jeden Monats im Vergleich zu Jan. 48 verändert haben. Der Lag von einem Monat zwischen Baumwolleinfuhr und Ankunft im Rohstofflager der Spinnereien ist geschätzt aus: Bremer Baumwollbörse, *Monatsberichte*. Hiernach waren von Nov. 1948 bis Jan. 1949 die monatlichen Einfuhren des Bremer Baumwollhandels immer etwa gleich groß wie die Lagerbestände in Bremen am Ende des betreffenden Monats. Im Übrigen würde sich das Ergebnis auch bei Nichtberücksichtigung eines Lags nicht grundsätzlich ändern.

Daß das in den folgenden Monaten dennoch nicht zu Einbrüchen bei der Garn-erzeugung führte, war neben der Wiederaufnahme von Baumwollimporten aus JEIA-Mitteln⁶¹ vor allem der Genehmigung und Durchführung von Baumwollkäufen aus ERP-Geldern zu verdanken, was in der Fachpresse aufmerksam verfolgt wurde⁶². Schließlich konnte man Anfang Dezember unter der Überschrift „Neue Baumwollkäufe in Sicht“ (aus ERP-Mitteln) lesen, daß „damit die Beschäftigung der Baumwollindustrie über die Wintermonate hinweg sichergestellt sei(n), eine Feststellung, die bei allen beteiligten Kreisen der Textilwirtschaft große Beruhigung auslösen wird“⁶³. Die Gewißheit, daß Nachschub kommen, dann aber die Konkurrenz wachsen werde, so daß Zurückhaltung einen Marktanteilsverlust bringen könnte, ließ die Spinnereien auch noch im November und Dezember ihre Lager radikal abbauen⁶⁴.

Bevor die ersten Rohstofflieferungen wirklich eingetroffen waren, war der Marshallplan in der Textilindustrie also schon produktionswirksam, und zwar gerade in der Zeit, als die Preisentwicklung in dieser Branche eine Schlüsselrolle für den Erfolg der marktwirtschaftlichen Politik Erhards spielte. Es ist deshalb nicht richtig, sich allein auf die tatsächlichen Liefertermine zu beziehen, um aus ihnen abzuleiten, daß die ERP-Lieferungen für die Sicherung der Währungs- und Bewirtschaftungsreform eine vergleichsweise geringe Bedeutung gehabt haben⁶⁵. Außerdem bestätigt sich, daß ohne die Marshallplan-finanzierte Baumwolleinfuhr, die in den fünf Monaten von November 1948 bis März 1949 annähernd zwei Drittel des Gesamtwerts der Baumwollimporte in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet ausmachte (Sp. 5 der Tab. 2), die Produktion der Textilindustrie keinesfalls ausgereicht hätte, den Preisrückgang für Textilien im Einzelhandel von der Angebotsseite her zu untermauern. Und schließlich lehrt ein Blick auf die Lagerentwicklung im Jahr 1949 (Sp. 6), daß, trotz weiteren Schwankens der Baumwolleinfuhr und des Marshallplan-Anteils hieran, von der Rohstoffseite her die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Produktion geschaffen waren.

⁶¹ Nötiger Sukkurs, in: NTZ, Nr. 37, 10. 9. 1948.

⁶² 95 000 Ballen US-Baumwolle, in: ebenda, Nr. 41, 6. 10. 1948; Die ECA-Baumwolle, in: ebenda, Nr. 46, 23. 10. 1948; Erster ECA-Baumwoll dampfer, in: TZ, Nr. 53, 17. 11. 1948.

⁶³ TZ, Nr. 59, 8. 12. 1948.

⁶⁴ Siehe auch: Früchte des ERP, in: Die Neue Zeitung, Nr. 39, 2. 4. 1949; Das Europäische Wiederaufbauprogramm, Amerikanische und Britische Besatzungszone Deutschlands, 1. Januar 1949 bis 31. März 1949 (Gemeinsamer Bericht der Militärgouverneure der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, Nr. 3), S. 35.

⁶⁵ So z. B. die in Anm. 3 und 4 genannten Autoren; vgl. auch die von Christoph Weisz verfaßte Einleitung zu Akten zur Vorgeschichte (s. Anm. 12), Bd. 4, S. 24 f.

III. Die Bedeutung von Gegenwertmitteln für die Sicherstellung der Stromversorgung in Westdeutschland

1. Obwohl in Westdeutschland die Stromerzeugung – anders als die Industrieproduktion – 1948 bereits das Volumen von 1936 überschritten hat und der Stromverbrauch auch von 1948 auf 1949 um 19% wachsen konnte⁶⁶, war die Versorgungslage doch noch lange Zeit schlecht. Die technische Entwicklung in den Betrieben und Haushalten war nämlich inzwischen in Richtung auf den Einsatz „veredelter Energie“ weiter fortgeschritten; und die anhaltende Kohlenknappheit veranlaßte die Verwender, zur Deckung ihres Heiz- und Kraftbedarfs wo immer möglich auf elektrischen Strom auszuweichen. Im Elektrizitätsausschuß der OEEC wurde im Februar 1949 ein Bericht angenommen, in dem bei einer erreichten Erzeugung von etwa 30 Mrd. kWh das Defizit der Bizone auf 8 Mrd. kWh geschätzt und die fehlende Leistung unter Berücksichtigung der Überalterung und Störanfälligkeit vorhandener Kraftwerksanlagen gar auf die Hälfte der einsatzfähigen 6000 MW taxiert wurde⁶⁷.

Zahlreiche Stromverbrauchsbeschränkungen wie reduzierte Frequenz und Spannung, Verbot der Benutzung bestimmter Geräte, Verlagerung von Industriearbeit in die Nachtstunden und Abschaltungen blieben auch 1949/50 bestehen⁶⁸. Im Korea-Boom, insbesondere im Winter 1950/51, wuchs sich der Mangel an Stromerzeugungskapazitäten zu einer Stromkrise aus, in der drastische Eingriffe für eine Verringerung der Spanne zwischen Bedarf und Deckung sorgen sollten. Industrielle Abnehmer mit einem durchschnittlichen Verbrauch von mehr als 2000 kWh wöchentlich hatten ab 15. Januar 1951 eine Kürzung der Stromzuteilung um ein Viertel hinzunehmen. Zwar wurde diese schematische Einschränkung bereits im Februar gemildert und am 20. März ganz aufgehoben⁶⁹, aber noch im folgenden Winter waren Stromabschaltungen nicht zu umgehen⁷⁰.

Vordergründig betrachtet waren die Schwierigkeiten vor allem durch die Kohlenknappheit der Elektrizitätswerke bedingt⁷¹. Diese war jedoch zu einem erheblichen Teil Folge des Mangels an effizienten Stromerzeugungsanlagen. Selbst 1953 mußten nämlich zur Deckung des Bedarfs noch Kraftwerke eingesetzt werden, deren Kohlenverbrauch doppelt so hoch wie der Durchschnitt lag⁷². Dabei hatten die Investi-

⁶⁶ Stat. Jb. f. d. Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 269.

⁶⁷ Bericht über Sitzungen des Arbeitsausschusses des Electricity Committee der OEEC vom 10. 2. 1949, S. 1 f., BA Koblenz Z 14/62.

⁶⁸ Memorandum über die Lage der Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland vom 28. I. 1950, S. 1, BA Koblenz Z 14/62.

⁶⁹ W. Abelshäuser, Korea, die Ruhr und Erhards Marktwirtschaft: Die Energiekrise von 1950/51, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 288 f.

⁷⁰ Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1951, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 357.

⁷¹ So H. R. Adamsen, Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948–1952, Wuppertal 1981, S. 101.

⁷² Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Jahresbericht 1953, S. 26 f.

tionen jener Jahre schon viel zur Verbesserung des mittleren Wärmewirkungsgrades beigetragen. Der Steinkohlenverbrauch der öffentlichen Kraftwerke hatte noch 1948 bei 0,66 SKE pro erzeugter kWh gelegen, betrug 1952 aber nur noch 0,52 (–21%)⁷³. Alles in allem: Bestand, Neubau und Erweiterung von Kraftwerken reichten in den ersten Jahren nach 1948 offenbar kaum aus, um mit der rasch steigenden Stromnachfrage und den Erfordernissen der Kohlenknappheit Schritt zu halten.

Daß „der Ausbau der Kraftwerksleistungen die vordringliche Aufgabe der deutschen Wirtschaft“ sei⁷⁴, war weit verbreitete Überzeugung. Ihr trugen die für die Vergabe der Marshallplan-Gegenwertmittel Verantwortlichen Rechnung. Dabei scheinen Vertreter der Militärregierung die Priorität der Elektrizitätswirtschaft als Empfänger von Gegenwertmitteln zeitweise sogar noch höher eingestuft zu haben als die deutsche Verwaltung⁷⁵. Im Ergebnis erhielt die Elektrizitätswirtschaft von den bis 1952 durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geleiteten originären Gegenwertmitteln in Höhe von 3,2 Mrd. DM ein gutes Viertel⁷⁶ und damit weit mehr als jede sonstige Branche einschließlich der anderen Grundstoffindustrien wie Kohle und Eisen, die wie die Elektrizitätswirtschaft ebenfalls der staatlichen Preisbindung unterworfen und damit nach der Währungsreform in ihren Finanzierungsmöglichkeiten eingeschränkt blieben.

2. Die folgende Analyse des Ausbaus und der Finanzierung der Stromerzeugungskapazitäten beschränkt sich größtenteils auf die Elektrizitätsgesellschaften für die öffentliche Versorgung, weil die Materiallage eine Untersuchung der Finanzierung von industriellen Eigenanlagen nicht zuläßt. In Hinblick auf unser Interesse, die Rolle der Marshallplan-Aktivitäten zu beurteilen, ist das Fehlen der Industriekraftwerke allerdings weniger bedenklich. In den einzelnen Energieprogrammen übertrafen die ERP-Kredite an öffentliche Elektrizitätswerke diejenigen an Industrieunternehmungen zum Ausbau von deren Kraftwerken nämlich bei weitem. So standen bei der KfW Ende 1952 Darlehen aus originären Gegenwertmitteln (einschließlich ca. 90 Mio DM GARIOA-Gegenwerten, aber ohne Kredite aus dem ERP-Zins- und -Tilgungsaufkommen) an öffentliche Elektrizitätsgesellschaften in Höhe von 729 Mio DM in den Büchern, für Industriekraftwerke dagegen nur knapp 50 Mio DM⁷⁷.

Kredite aus Gegenwertmitteln an die Elektrizitätswirtschaft hatten vor allem in den Jahren 1949 bis 1951 große Bedeutung (s. Tab. 3), als sie, wie noch gezeigt wird, auch am dringendsten gebraucht wurden. Zumal in den ersten beiden Jahren steigt

⁷³ Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1953, in: Elektrizitätswirtschaft 53 (1954), S. 545.

⁷⁴ Institut für Wirtschaftsforschung München, Die Industrie Westdeutschlands. Jahresrückblick, Stand, Aussichten für 26 Industriezweige, München, Februar 1950, S. 16.

⁷⁵ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik (s. Anm. 12), Bd. 5, S. 1057.

⁷⁶ M. Pohl, Wiederaufbau (s. Anm. 12), S. 200 f.

⁷⁷ KfW, Darlehenskontenblätter.

ihr Anteil an den Bruttoanlageinvestitionen mit 20 und 30 v.H. auf eine Höhe, wie sie in den Folgejahren – selbst unter Einrechnung der Kredite aus dem ERP-Zins- und -Tilgungsaufkommen und der Investitionshilfe (über mehrere Jahre verteilt ca. 250 Mio DM⁷⁸) – nie wieder erreicht worden ist⁷⁹.

Tabelle 3: Bruttoanlageinvestitionen und Kredite aus originären Gegenwertmitteln an öffentliche Elektrizitätsgesellschaften in Westdeutschland (ohne Westberlin) (Mio DM)

	1949	1950	1951	1952
1. Bruttoanlageinvestitionen	890	1150	1260	1440
2. Zuwachs der am Jahresende ausstehenden Kreditsumme aus Gegenwertmitteln gegenüber Vorjahr*	174	345	152	57

Quellen: Zeile 1: E. Baumgart, *Investitionen und ERP-Finanzierung* (DIW, Sonderhefte, N.F. 56), Berlin 1961, S. 71.

Zeile 2: KfW, *Darlehenskostenblätter* (1949 und 1950 einschließlich 14 Mio DM über die FINAG vergebener Kredite an Elektrizitätsunternehmen der Französischen Zone, die später von der KfW übernommen wurden).

* Abweichungen dieser aus den Darlehenskostenblättern ermittelten Summen gegenüber den in den Jahresberichten der KfW ausgewiesenen Beträgen ergeben sich daraus, daß die KfW-Jahresberichte einerseits die Kredite für Industriekraftwerke mit umfassen und zum anderen allein auf Kreditauszahlungen abstellen, während in der Tabelle diese mit den Tilgungen saldiert sind. – Eine weitere Zahlenreihe liefert E. Baumgart (siehe Quellenangabe zu Zeile 1), der ebenfalls auf Auszahlungen abstellt, in der Summe aber nicht zu stark von den hier aufgeführten Zahlen abweicht. – Hier wird mit den in der Tabelle angegebenen Werten gerechnet, weil den öffentlichen Elektrizitätsgesellschaften nur Kreditsummen in dieser Höhe wenigstens mittelfristig zur Verfügung standen und damit tatsächlich eine Hilfe für die Finanzierung ihrer Anlageinvestitionen darstellten.

Begünstigt wurden in erster Linie sieben große Verbundgesellschaften, nämlich die Bayernwerk AG, Energie-Versorgung Schwaben AG, Hamburgische Elektrizitätswerke AG, Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Preußische Elektrizitäts-AG (Preag), Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) und Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW). Diese haben von den am Ende des Jahres 1949 ausstehenden Darlehen allein 156 Mio DM erhalten, während andererseits als Folge der von der Militärregierung getroffenen Auswahl städtische Elektrizitätswerke in jenem Jahr noch leer ausgingen. Aber auch Ende 1952 waren von 729 Mio DM

⁷⁸ H. R. Adamsen, *Investitionshilfe* (s. Anm. 71), S. 264.

⁷⁹ Vgl. E. Baumgart, *Investitionen und ERP-Finanzierung* (DIW, Sonderhefte, N.F. 56), Berlin 1961, S. 71; KfW, *Jahresberichte* 1951 ff.

Gesamtkreditsumme 70 v.H. (= 511 Mio) an die genannten Verbundunternehmen vergeben, davon allein 241 Mio an das RWE⁸⁰. Die Verbundgesellschaften aber waren die bedeutendsten Stromerzeuger. So zeigt sich an dieser Aufteilung der an die Elektrizitätswirtschaft geflossenen Gegenwertmittel schon deren Hauptstoßrichtung, nämlich Steigerung der Elektrizitätserzeugung.

Dies bestätigt ein Blick auf die Liste der unterstützten Projekte. Abgesehen von wenigen Ausnahmen sind an Elektrizitätsunternehmen Gegenwertmittel nur zum Bau oder zur Erweiterung von Kraftwerken vergeben worden⁸¹. Investitionen ins Leitungsnetz mußten aus anderweitig zu beschaffenden Mitteln finanziert werden, meist wohl aus Eigenmitteln. Daraus darf freilich nicht geschlossen werden, daß sie weniger dringlich gewesen seien. Zwar waren die Übertragungsanlagen in der Vorkriegszeit mit einer beträchtlichen Leistungsreserve erbaut worden. Diese war jedoch bis Anfang der 50er Jahre infolge der Verbrauchssteigerungen so weitgehend ausgeschöpft, daß schon das erreichte Erzeugungsvolumen im Grunde nicht mehr gesichert verteilt werden konnte⁸². Zum Beispiel hieß es in einem Brief der VEW an das Bundesministerium für den Marshallplan: „In einigen Bezirken lassen sich Industrie und sonstige Abnehmer wegen Überlastung der Netze nicht mehr ausreichend versorgen. Es bestehen heute schon außerordentliche Schwierigkeiten, neue Abnehmer (...) anzuschließen.“⁸³

Für das Jahresende 1950 ist der Bedarf an Investitionen zur Gewährleistung der bei der erreichten Produktion als betriebsnotwendig angesehenen Reservekapazität des Leitungsnetzes mit 1,6 Mrd. DM weit höher geschätzt worden als der Bedarf an weiteren Mitteln für die notwendige Reserve der Stromerzeugungskapazitäten (0,4 Mrd. DM)⁸⁴. Das legt den Schluß nahe, daß ohne die der Elektrizitätswirtschaft zugeflossenen Gegenwertmittel die Investitionen in das Leitungsnetz einen gewissen Vorrang vor dem Ausbau der Kraftwerke gehabt hätten, mit der wohl unvermeidlichen Folge fortgesetzter und einschneidender Stromsparmaßnahmen. In einem amtlichen Memorandum über die Lage der Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland vom 28.1.1950 wurde denn auch ausgeführt, daß das Kapital aus inländischen Quellen vor allem für den Bau von Leitungen und Umspannwerken erforderlich sei⁸⁵. Ebenso charakteristisch für die Kapitalmangelsituation nach der Währungsreform, die den Elektrizitätsunternehmen gerade für

⁸⁰ KfW, Darlehenskontenblätter.

⁸¹ Projekte der Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der II. Tranche (DM 1150 Mio Programm) aus Counterpart Funds, BA Koblenz B 102/684; Projekte der Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der III. Tranche (1500 Mio Programm) aus Counterpart Funds (vorläufige Liste), BA Koblenz B 102/15924.

⁸² Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet, dem Bundesministerium für Wirtschaft erstattet von H. Krönke u. a., Frankfurt/M. 1952, S. 182.

⁸³ BA Koblenz Z 14/62, Brief vom 9.1.1950.

⁸⁴ Reservehaltung in Kraftwerken und Leitungsnetzen in der westdeutschen Elektrizitätsversorgung, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 95 ff.

⁸⁵ BA Koblenz Z 14/62.

Kraftwerksneubauten nur noch einen sehr geringen finanziellen Spielraum ließ, sind die Hinweise in den ausgefüllten Fragebögen zur Berichterstattung an die Marshallplan-Verwaltung vom Frühjahr 1949, selbst wenn man wohl eine gewisse interessegeleitete Einseitigkeit der berichtenden Unternehmen in Rechnung zu stellen hat. Man liest dort von Auftragsstrierungen aus Mangel an Finanzmitteln, von der Gefahr der Einstellung der Bauarbeiten an Kraftwerken und von Fertigstellungszeiträumen erst ab Krediteinräumung⁸⁶.

Tabelle 4 vermittelt einen ersten Eindruck von der Bedeutung der Gegenwertmittel für den Zuwachs an Engpaßleistung in der westdeutschen Stromwirtschaft. 70% der Kapazitätserweiterung der öffentlichen Elektrizitätserzeugung Westdeutschlands zwischen 1948 und 1952 sind aus originären Gegenwertmitteln mitfinanziert worden. Und bezogen auf die gesamte westdeutsche Stromwirtschaft einschließlich der industriellen Eigenanlagen waren es auch noch fast drei Fünftel⁸⁷. Die Tabelle zeigt weiter, daß in den Jahren 1946 bis 1948 der Zuwachs der in öffentlichen Kraftwerken installierten Engpaßleistung ganz überwiegend durch Reparaturen zustande gekommen ist, seitdem im Wesentlichen aber durch Neubauten. Gemessen an der Leistung versechsfachte sich das Neubaufvolumen 1949 im Vergleich zu 1948. Drei Viertel davon sind unter Mithilfe von Krediten aus Gegenwertmitteln finanziert worden. Dieser Prozentsatz steigerte sich in den Folgejahren noch, erreichte 1951 um 100 und fiel dann wieder ab auf unter 50 1953 und nur mehr 8 im Jahr 1954.

3. An dieser Stelle kann ein erster Versuch unternommen werden, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Einsatzes dieser Gegenwertmittel abzuschätzen. Eine Obergrenze für den volkswirtschaftlichen Effekt der ERP-Kredite an die Stromwirtschaft ergibt sich aus der Kumulation folgender Hypothesen: a) Ohne Gegenwertmittel wären die hierdurch mitfinanzierten öffentlichen und Industriekraftwerke nicht errichtet worden. b) Entsprechend der dann (1952) um 2400 MW verringerten Leistung hätte sich die Stromerzeugung weniger erhöht. c) Die Stromproduktivität, d. h. das Verhältnis von Stromverbrauch zu realem Bruttoinlandsprodukt, sei konstant. – Unter den genannten Bedingungen hätte das Bruttoinlandsprodukt ohne ERP-Kredite für den Kraftwerksbau 1952 nur 83 Prozent seines tatsächlichen Niveaus erreicht. Um eine Obergrenze dürfte es sich bei dieser Schätzung deshalb handeln, weil im Gegensatz zu Hypothese a) einige der aus ERP-Krediten mitfinanzierten Projekte vermutlich auch ohne solche Gelder hätten gebaut werden können⁸⁸. Wie groß das Bauvolumen ohne Gegenwertmittel gewesen wäre, ist natürlich

⁸⁶ BA Koblenz Z 8/1520–1524.

⁸⁷ Etwa 300 MW des Leistungszuwachses der Eigenanlagen sind ebenfalls aus Gegenwertmitteln mitfinanziert worden; Bericht über Sitzungen des Electricity Committee der OEEC vom 8. 7. 1949, S. 6, BA Koblenz Z 14/62 in Verbindung mit den Projektlisten (Anm. 81); s. auch Elektrizitätswirtschaft 50 (1951), S. 30.

⁸⁸ Demgegenüber erscheinen die anderen Annahmen plausibel. Eine parallele Entwicklung von Kapazitätsausbau und Erzeugungsvolumen ist wahrscheinlich wegen der fehlenden Leistungsreserven, und die gesamtwirtschaftliche Stromproduktivität ist zwischen 1950 und 1952 sogar um 6 Prozent

Tabelle 4: Installierte Engpaßleistung westdeutscher Kraftwerke (ohne Berlin) in MW

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
I. Industriekraftwerke									
insgesamt am Jahresende	–	–	3951	–	4281	4754	5231	5567	6117
II. Öffentliche Versorgung									
1. insgesamt am Jahresende	5414	5759	5956	6282	6901	7822	8686	9094	9832
2. Nettozuwachs,									
davon durch:	336	345	197	326	619	921	864	408	738
3. Reparatur	225	342	150	68	35	25	–	–	–
4. Neubau, Erweiterung,	111*	–	49	301	574	793**	872	453	903
darunter:									
5. mitfinanziert aus origin. Gegenwertmitteln	–	–	–	ca. 230	485	805**	585	207	68

Quellen: Zeile I: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Die industriellen Stromerzeugungsanlagen 1948–1954* (Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Sonderheft 19), Stuttgart u. a. 1956, S. 9f.

Zeile II, 1–4: Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Elektrizitätswirtschaft*, 49ff. (1950ff.) (=jährl. statist. Bericht d. Zentral-Lastverteilung f. Elektrizität).

Zeile II, 5: Plausibelste Werte, die aus den Unterlagen zu gewinnen sind, nach: *Ebenda* in Verb. mit Projektlisten (Anm. 81); KfW, Darlehenskontenblätter; Fragebögen (Anm. 86); Fortgangsmeldungen und Korrespondenz, *BA Koblenz B 102/681–684*; 5. und 6. Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1951, S. 43–45.

* Einschließlich 18,5 MW aus der Übernahme eines Industriekraftwerkes in die öffentl. Versorgung.

** Angaben in den genannten Quellen widersprüchlich.

nicht zuverlässig zu ermitteln. Jedoch kann man die Gesamtkosten der aus Marshallplan-Mitteln mitfinanzierten Kraftwerksbauten schätzen und hierzu dann die aus Gegenwertmitteln gewährten Kredite in Beziehung setzen. Aus Angaben über die Wiederbeschaffungswerte von Kraftwerksanlagen und über den Kapitalbedarf für die erforderlich gehaltene Zusatzleistung von Kraftwerken⁸⁹ bilden wir jeweils Mittelwerte der Kosten in DM je kW⁹⁰:

DM je kW Zusatzleistung in Dampfkraftwerken	440
DM je kW Zusatzleistung in Laufwasserkraftwerken	1640
DM je kW Zusatzleistung in Speicherkraftwerken	770

Multipliziert man die Leistung der in den Jahren 1949 bis 1952 aus Gegenwertmitteln mitfinanzierten Kraftwerksprojekte mit den so gewonnenen Durchschnittskosten je kW, kommt man für diese Projekte auf Gesamtkosten von 1340 Mio DM. Dem stehen die oben schon erwähnten 779 Mio DM ERP-Kredite gegenüber. Rein rechnerisch wäre somit mehr als die Hälfte der Leistung der Marshallplan-unterstützten Kraftwerksbauten ausschließlich aus Gegenwertmittel-Krediten finanziert worden, d. h. über 1200 MW (einschließlich industrieller Eigenanlagen). Gemäß obiger Kalkulation entspräche dem ein dadurch ermöglichter Beitrag zum Inlandsprodukt von etwa 9% des Standes von 1952.

Auch wenn man bedenkt, daß bei einer geringeren Zahl neuer Kraftwerke einige Investitionen ins Leitungsnetz ebenfalls hätten unterlassen werden können, wodurch theoretisch eventuell mehr als 1200 MW an Kraftwerksleistung allein aus deutschen Mitteln finanzierbar gewesen wären, scheint die Berechnung einen vernünftigen, möglicherweise sogar einen *unteren Wert* für den Effekt der in die Elektrizitätswirtschaft kanalisierten Gegenwertfonds anzugeben. Offenbar nämlich verfügten gerade die Verbundgesellschaften, d. h. die bei weitem wichtigsten Stromerzeuger, über die geringsten eigenen Mittel zum Bau zusätzlicher Kraftwerksleistung. Beim RWE zum Beispiel beliefen sich die Zugänge an Kraftwerksanlagen in den Geschäftsjahren 1948/49 bis 1952/53 auf insgesamt 288 Mio DM⁹¹. Die Ende 1952 ausstehende Summe originärer Gegenwertmittelkredite betrug aber allein, wie erwähnt, 241 Mio DM, die für Projekte von bis dahin 517 MW zusätzlicher Leistung eingesetzt worden waren. Hier wurde also aus ERP-Mitteln fast die gesamte neue Kraftwerksleistung des Unternehmens finanziert. Wäre sie aus Kreditmangel nicht gebaut worden, so hätten an anderer Stelle kleinere Gesellschaften deswegen gewiß nicht 250 MW mehr installiert. Das zeigt, wie unrealistisch angesichts der damaligen

gesunken. Freilich hätten der übrigen Wirtschaft – bei geringerer Verstromung – etwas größere Kohlenmengen zur Verfügung gestanden.

⁸⁹ Reserverhaltung in Kraftwerken und Leitungsnetzen in der westdeutschen Elektrizitätsversorgung, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 96.

⁹⁰ Vgl. hiermit eine andere Schätzung (Werte in derselben Reihenfolge): 450, 1400, 1000 (F. Stiegler, Investitionshilfe und Strompreise, in: ebenda, S. 25). Demgegenüber taxierte die KfW beim RWE einheitlich mit 400 DM/kW (KfW, Kreditabteilung, Akte 1546 alt 1, Vermerk v. 7. 5. 1956).

⁹¹ KfW (s. Anm. 90).

Situation vermutlich die Annahme ist, daß bei einem Fortfall der ERP-Kredite und damit der Kürzung der Finanzmittel auf die Hälfte ebenfalls auch nur die Hälfte der Kraftwerksprojekte nicht gebaut worden wäre.

4. Diese Argumentation gilt allerdings nur, wenn die Gegenwertmittel bei den Unternehmen wirklich ein Finanzierungsdefizit geschlossen haben – und dieses nicht hat mit anderen Mitteln abgedeckt werden können. Nachfolgend versuchen wir, die Höhe des Finanzierungsdefizits abzuschätzen. Anschließend (Text-Ziffern 5 bis 7) soll geprüft werden, ob nicht mehr Eigenmittel hätten zur Verfügung stehen und/oder ob nicht andere Quellen für eine angemessene Fremdfinanzierung hätten erschlossen werden können.

Zum Finanzierungsdefizit geben die Bilanzen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), die wiederum als Beispiel angeführt sei, das in *Tabelle 5* zusammengefaßte Bild. 1948/49 hätten die Sachinvestitionen, insbesondere die geringfügigen Zugänge an Kraftwerksanlagen, aus sonst zur Verfügung stehenden langfristigen Mitteln finanziert werden können. Als aber in den folgenden drei Geschäftsjahren der Zugang an Kraftwerksanlagen steil ansteigt, füllt der ERP-Kredit eine sonst klaffende Finanzierungslücke. Dagegen kann ab 1952/53 die Bruttoanlageinvestition praktisch ohne die zunächst noch weiter gewährten Darlehen der KfW finanziert werden; 1953/54 kommt es gar zu einem großen Beteiligungserwerb, der aus überschüssigen Finanzmitteln finanziert wird.

Erklärt wird der Umschwung in der finanziellen Situation des Unternehmens durch die Entwicklung der Abschreibungen. Sie schnellten von 73 Mio DM 1950/51 über 131 Mio auf 183 Mio DM 1952/53 hoch. Hierin schlagen sich, wie Zeile 5 der Tabelle zeigt, die den Grundstoffindustrien durch das Investitionshilfegesetz (IHG) vom 7.1. 1952 auf einige Jahre erneut eingeräumten Sonderabschreibungsmöglichkeiten nieder. Diese wären jedoch vermutlich genauso wirkungslos geblieben wie die allgemeine Erlaubnis für Sonderabschreibungen im § 7a Einkommensteuergesetz, die bis Mitte 1951 gültig war, wenn nicht auf Grund der Ermächtigung des § 37 IHG das Wirtschaftsministerium den Elektrizitätswerken die Festsetzung höherer Preise genehmigt hätte. Aber auch nach Auslaufen der Erlaubnis zu erhöhten Abschreibungen im Jahr 1956 kehrten die Finanzierungsprobleme nicht zurück. Einerseits nämlich blieben die Abschreibungsbeträge auf Grund der seitdem zulässigen degressiven Abschreibungsmethode relativ hoch⁹². Andererseits begannen, sicherlich auch als Folge der durch die Preisfreigaben gesteigerten Erlöskraft der Elektrizitätswirtschaft, Kapitalmarktmittel wieder reichlicher zu fließen, wie die Kapitalerhöhung 1955/56 und die erfolgreiche Unterbringung einer 75 Millionen DM-Anleihe 1958/59 beweisen.

In den Jahren 1949 bis 1952 sind aber die Kredite aus originären Gegenwertmitteln tatsächlich von ausschlaggebender Bedeutung für den Kraftwerksbau des RWE gewesen. Da sich die Situation in anderen Verbundunternehmen damals ähnlich

⁹² Vgl. auch H. Lilienfein, Die wirtschaftliche Entwicklung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Spiegel der Bilanzen 1948 bis 1955, in: *Elektrizitätswirtschaft* 56 (1957), S. 55.

Tabelle 5: Finanzierung der Anlageinvestitionen beim RWE (Mio DM)

	1948/49	49/50	50/51	51/52	52/53	53/54	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59
Sachanlagen (einschl. im Bau befindlicher Anlagen u. Anzahlungen)											
1. Zugänge / Abgänge	90	150	188	188	248	291	347	377	235	271	209
darunter:											
2. Zugänge an Kraftwerksanlagen	7	55	55	133	37	54	163	-	-	-	-
3. Beteiligungen, Zugänge / Abgänge	-	1	-	-	21	101	18	73	6	-1	61
4. Abschreibungen auf Sachanlagen insgesamt	68	68	73	131	183	212	217	201	248	213*	178*
5. davon: Sonderabschreibungen	6	9	15	86	125	146	146	93	120	-	-
6. Zusätzl. langfr. Verschuldung	13	64	70	70	69	123	50	41	-33	-21	54
7. darunter: KfW-Kredit**	9	57	65	75	45	50	-	-	-13	-16	-
8. Erhöhung des Grundkapitals	-	-	-	-	-	-	-	182	-	-	-
9. Sonstige langfristige Mittel	16	14	14	-3	25	72	53	227	32	112	24
10. Bilanzgewinn	1	4	10	12	14	19	22	39	42	54	55
11. Langfristige Mittel insgesamt, einschl. Gewinn	98	150	167	210	291	426	342	690	289	358	311
12. Dasselbe, ohne KfW-Kredit	89	43	102	135	246	376	342	690			

Quellen: Jahresabschlüsse, publiziert im Bundesanzeiger; KfW-Kreditabteilung, Akte 1546 alt 1.

* Einschließlich Abschreibungen auf Finanzanlagen.

** Ab 1951 Kredite aus originären Gegenwertmitteln ergänzt aus ERP-Zins- und Tilgungsaufkommen und der Investitionshilfe; Ende 1952 waren aber noch 80 v.H. aller Ausleihungen der KfW originäre Gegenwerte.

gestaltet hat, dürfte das für das RWE gefundene Ergebnis die Gesamtsituation der öffentlichen Elektrizitätsversorgung widerspiegeln. Demzufolge sind die Kraftwerkszubauten in den Jahren 1949 bis 1952 jedenfalls nicht aus Eigenmitteln finanzierbar gewesen.

5. Daß es sich so verhielt, lag an der schlechten Ertragslage der Verbundunternehmen in den ersten Jahren nach der Währungsreform. Diese wiederum war eine Folge der Preispolitik der Behörden aufgrund der Preisstoppperordnung von 1936. Seit 1936 ist der Kohlenpreis sukzessive auf mehr als das Doppelte erhöht worden⁹³. Der Elektrizitätswirtschaft wurde aber nur die teilweise Überwälzung dieser Kostensteigerungen gestattet⁹⁴. Da die Kohlekosten bei den Wärmekraftwerken die Hälfte der Stromerzeugungskosten ausmachten⁹⁵, war die Ertragssituation der Werke dadurch beträchtlich verschlechtert. Hinzu kamen noch Steigerungen anderer Kostenelemente, wie Löhne, Frachten, Material- und Kapitalkosten, die ebenfalls nicht an die Stromabnehmer weitergegeben werden durften⁹⁶.

Tabelle 6: Kosten und Erlöse zweier nicht an Tarifabnehmer liefernden Verbundgesellschaften 1950/51 (Pf. je erzeugter kWh)

	I	II
Erzeugungskosten	5,94	5,09
Kosten für Absatz und Verwaltung	1,81	1,97
Erlöse aus Verkauf an Wiederverkäufer	5,49	4,54
Erlöse aus Verkauf an Sonderabnehmer	5,86	3,31

Quelle: Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet, dem BMW erstattet von H. Krönke u. a., Frankfurt/M. 1952, Anlage 523.0, 523.2, 53.

Tabelle 6 verzeichnet für 1950/51 die Kosten und Erlöse von zwei nicht an Tarifabnehmer liefernden Verbundgesellschaften je erzeugter kWh. In beiden Fällen deckten die durchschnittlichen Erlöse nicht einmal die durchschnittlichen Erzeugungskosten, was in seinen Auswirkungen auf den Ertrag nur dadurch etwas gemildert wurde, daß beide Unternehmen daneben noch billigeren Strom anderweitig bezogen (für 3,84 bzw. 4,08 Pf./kWh).

Die praktische Handhabung der Preisstoppperordnung hat die Stromerzeuger

⁹³ Stat. Jb. f. d. Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 488. Für Werke mit Kohlenstaubfeuerung waren die Kostensteigerungen noch höher, s. Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet (s. Anm. 82), S. 52.

⁹⁴ Anordnung PR 53/48 zur Änderung der Preise für elektrischen Strom vom 21. 6. 1948, VfWMBI 1948 II, S. 94. Vgl. auch Strompreise, in: Elektrizitätswirtschaft 50 (1951), S. 30.

⁹⁵ Gutachten (s. Anm. 82), S. 116.

⁹⁶ P. Reichel, Strompreisgestaltung, in: Elektrizitätswirtschaft 48 (1949), S. 33, und Strompreise (s. Anm. 94).

also zugunsten der Wiederverkäufer und Endnachfrager benachteiligt. Es nimmt daher nicht Wunder, daß, abgesehen von einer einzigen Ausnahme, von den in die zitierte Elektrizitätsenquête einbezogenen Unternehmen nur einige Stadtwerke *ohne* Eigenerzeugung ihre gesamten Kosten decken und darüber hinaus sogar Gewinne erzielen konnten⁹⁷.

Natürlich war eine Situation, die die Stromerzeuger mit Verlust arbeiten ließ, bei rasch wachsendem Strombedarf auf die Dauer nicht tragbar. Spätestens nach dem Versiegen der großen, nicht nach privatwirtschaftlichen Renditegesichtspunkten vergebenen Gegenwertmittel-Kredite für den Kraftwerksbau mußte die Ertragskraft der Erzeugerunternehmen verbessert werden. Dies geschah denn auch. Auf der Grundlage von § 37 IHG erließ der Bundeswirtschaftsminister am 26. März 1952 eine Verordnung, durch die die Preisänderungsklauseln in den Verträgen zwischen Versorgungsgesellschaften und Wiederverkäufern bzw. Sonderabnehmern wieder in Kraft gesetzt wurden⁹⁸. Dadurch wurde es der Elektrizitätswirtschaft möglich, ihre Abgabepreise veränderten Kosten anzupassen. Da der durch die Klauseln gegebene nominelle Rahmen für Preissteigerungen wegen des inzwischen verbesserten Wärmewirkungsgrades der Kraftwerksanlagen aber kaum voll ausgeschöpft werden mußte, waren die Strompreise, die Sonderabnehmern und Wiederverkäufern berechnet wurden, ab diesem Zeitpunkt praktisch frei⁹⁹. Ein Jahr später wurden dann auch noch die Grundpreise für gewerbliche und landwirtschaftliche Abnehmer nach der Tarifordnung für elektrische Energie von 1938 freigegeben¹⁰⁰. So war die Rentabilität (und damit auch die Kreditwürdigkeit) der Stromerzeuger wieder hergestellt. Und in Verbindung mit großzügigen Abschreibungsregeln gab es, wie oben schon am Beispiel des RWE gezeigt, von dieser Zeit an keine Finanzierungsprobleme in der Elektrizitätswirtschaft mehr.

Eine Alternative zu den Gegenwertmitteln hat es anscheinend also doch gegeben, nämlich die Lockerung des Preisstopps für Elektrizität zu einem früheren Zeitpunkt als 1952. Spezieller Abschreibungsmöglichkeiten für die Elektrizitätswirtschaft hätte es dann auch nicht bedurft, weil, wie erwähnt, bis Mitte 1951 generell sehr weitgehende Abschreibungserleichterungen bestanden haben. Freilich ist verständlich, warum man den Preisstopp für Strom nicht schon im 2. Halbjahr 1948 gelockert hat. 1949/50, in der Phase rückläufiger Einzelhandelspreise, wäre es aber schon denkbar gewesen, die Strompreise an die veränderten Kosten anzupassen. Für die Masse der Verbraucher wäre die Preiserhöhung vermutlich nur marginal spürbar gewesen, zumal wenn man, wie ja auch noch 1952/53, die Haushaltstarife unverändert gelassen hätte. Möglicherweise haben gerade der Einsatz der Gegenwertmittel und die

⁹⁷ Gutachten (s. Anm. 82), Anlage 53.

⁹⁸ VO PR 18/52, Bundesanzeiger (BAnz), 4. Jg., Nr. 62 vom 28. 3. 1952, S. 1.

⁹⁹ K. Sachs, Aktuelle Fragen aus dem Preisrecht, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 468 ff.; ders., Strompreise und Preisänderungsklauseln im Spiegel des Preisrechts und des Währungsgesetzes, in: ebd., 53 (1954), S. 438 ff.

¹⁰⁰ VO PR 3/53, BAnz, 5. Jg., Nr. 21 vom 31. 3. 1953, S. 1 f.

dadurch erreichte vorläufige Entschärfung des elektrizitätswirtschaftlichen Finanzierungsproblems auf die ordnungspolitische Reform am Strommarkt verzögernd gewirkt.

6. Schließt man die eben skizzierte Alternative zum Einsatz von Gegenwertmitteln für den Kraftwerksausbau, die Preisfreigabe und damit die Ertragsverbesserung, aus, dann steht fest, daß ERP-Kredite eine Finanzierungslücke geschlossen und wesentlich zum Wachstum der westdeutschen Produktion beigetragen haben. Freilich bleibt noch zu überdenken, ob es für diesen Zweck nicht auch andere Fremdfinanzierungsmöglichkeiten gegeben hat.

Normale Kapitalmarktmittel standen gewiß nicht in ausreichender Menge zur Verfügung. Das erfuhren die Versorgungsunternehmen u. a., als sie nach Absprache mit der KfW versuchten, zur Abdeckung der ersten ERP-Tranche eine Anleihe in Höhe von 215 Mio DM aufzulegen. Von ihr konnten 1949 gerade 29 Mio, 1950 10 Mio und in den beiden folgenden Jahren lediglich noch geringere Summen placiert werden. Der Rest wanderte ins Depot der KfW, die dafür Buchkredite an die Unternehmen gewährte¹⁰¹. Dieser Mißerfolg bewog die Kreditanstalt, auf die Begebung weiterer Obligationen durch die Elektrizitätsunternehmen zu verzichten¹⁰².

Die Ursache dafür, daß die Elektrizitätsgesellschaften sich nicht über den Kapitalmarkt finanzieren konnten, lag nicht etwa darin, daß sie nicht die damals geltenden Zinsen geboten hätten. Die Rendite der aufgelegten Elektrizitätsanleihen war mit etwa 6,5%¹⁰³ bei 20jähriger Laufzeit¹⁰⁴ im Vergleich zu den noch umlaufenden Altobligationen sogar recht günstig¹⁰⁵. Doch kam es nicht zu großen Bestandsumschichtungen weg von den Altanleihen hin zu den Neuemissionen. Angesichts der Marktenge wäre dies für die potentiellen Käufer von Elektrizitätsanleihen mit zu hohen Kursrisiken verbunden gewesen. Neue Emissionen konnten deshalb, auch bei relativ guten Konditionen, nur langsam untergebracht werden¹⁰⁶, weil das erstmals am Kapitalmarkt Anlage suchende Mittelaufkommen gering war¹⁰⁷.

Bei einem Gesamtabsatz von Industrieobligationen und Aktien von zusammen knapp 870 Mio DM zwischen Mitte 1948 und Ende 1952¹⁰⁸ war offensichtlich die Substitution der Gegenwertmittel durch den Kapitalmarkt rein quantitativ unmög-

¹⁰¹ KfW, Jahresbericht 1949, S. 22; Jahresbericht 1952, S. 55.

¹⁰² KfW, Vorlage vom 6. 3. 1952 für die 12. Kreditbewilligungsausschuß(KBA)-Sitzung; Vorlage vom 20. 6. 1952 für die 13. KBA-Sitzung.

¹⁰³ KfW, Jahresbericht 1949, S. 22.

¹⁰⁴ So jedenfalls beim RWE; s. Auszug aus dem Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1947/48, BA Koblenz B 102/684, S. 3.

¹⁰⁵ Stat. Jb. f. d. Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 328 f.; 1953, S. 410 f. S. auch z. B. Börsenzeitung vom 1. 2. 1952: Industrieobligationen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit mit ähnlicher Restlaufdauer notierten vielfach unter 6% Rendite.

¹⁰⁶ Monatsberichte der BdL, Juli 1949, S. 7; Nov. 1949, S. 12; Dez. 1949, S. 9 f.; Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1953, S. 19 f.

¹⁰⁷ S. H. Strathus, Der Kapitalmarkt in Westdeutschland und die Probleme seines Wiederaufbaus (Institut Finanzen und Steuern, Heft 16), Bonn 1952.

¹⁰⁸ Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1953, S. 53.

lich. Aber auch bei einer höheren Verzinsung der Wertpapiere wäre das Ergebnis, wie gezeigt worden ist, vermutlich kaum anders gewesen, ganz davon abgesehen, daß die Elektrizitätswirtschaft großenteils schon ihre tatsächlichen Zinskosten nicht erwirtschaften konnte¹⁰⁹. Eine Alternative zu den Gegenwertmitteln hat es also für sie *auf dem Kapitalmarkt* nicht gegeben.

7. Schon die Zeitgenossen haben die Frage erörtert, ob der vordringliche Investitionsbedarf nicht mit Mitteln des Zentralbanksystems hätte finanziert werden können¹¹⁰. Inzwischen hat Werner Abelshauser hervorgehoben, daß es sich bei den Gegenwertmitteln um DM-Beträge gehandelt habe, „die im Gegensatz zu den Dollar-Beträgen der Marshallplan-Hilfe auch durch Kreditschöpfung im eigenen Zentralbanksystem (. . .) hätten aufgebracht werden können“¹¹¹.

Diese Auffassung scheint sich sogar auf einen faktischen Beweis stützen zu können, nämlich auf die Tatsache, daß die Bank deutscher Länder (BdL) die KfW bei der Vorfinanzierung des Kraftwerkbaus unterstützt und zu diesem Zweck Zentralbankgeld in Umlauf gebracht hat¹¹². Doch ging es seinerzeit nur um eine Vorfinanzierung. Die Zentralbank konnte sich 1949/50 zu diesem Vorgehen berechtigt fühlen, weil die bis dahin angesammelten Gegenwertmittel tatsächlich dem binnenwirtschaftlichen Kreislauf entzogen worden waren und insoweit tendenziell ein Deflationsdruck herrschte. Der gewährte Zentralbankkredit stellte also keine Alternative zur Investitionsfinanzierung mit Gegenwertmitteln dar. Seine Bereitstellung setzte vielmehr die sichere Aussicht auf die Freigabe der Gegenwertmittel für die genau benannten Investitionszwecke voraus.

Ob ohne den Marshallplan und die vorübergehend stillgelegten Gelder aus Gegenwerten eine Zentralbankfinanzierung der Kraftwerkserweiterungen gleichermaßen unbedenklich gewesen wäre, wie es Abelshausers Ansicht zu sein scheint, ist dagegen nicht ähnlich einfach zu beurteilen. Ohne den Marshallplan hätte die Welt in so vieler Hinsicht anders ausgesehen, daß niemand behaupten kann, die denkbaren wirtschaftspolitischen Alternativen für diesen Fall mit Anspruch auf wissenschaftliche Geltung beurteilen zu können. Vermutlich hätte sich dann die marktwirtschaftliche Ordnung nicht durchgesetzt (siehe oben), wodurch Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft sowieso auf ganz andere Weise hätten ermöglicht werden müssen.

Der zentrale Gesichtspunkt, der die Verantwortlichen bewog, die theoretische Möglichkeit einer Finanzierung der dringend benötigten Investitionen aus *zusätzlichem* Kredit im engeren Sinne nicht in Betracht zu ziehen, wurde im Jahresbericht 1950 der KfW angesprochen: „Der Gedanke, zur Befriedigung des vordringlichen Investitionsbedarfs (. . .) Mittel des Zentralbanksystems heranzuziehen, erscheint

¹⁰⁹ Gutachten (s. Anm. 82), S. 169.

¹¹⁰ Siehe u. a. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft „Investitionspolitik“ v. 12. 6. 1948, Gutachtenband (Anm. 1), S. 7 ff.; KfW, Jahresbericht 1950, S. 37.

¹¹¹ Wiederaufbau vor dem Marshallplan (s. Anm. 3), S. 568 f. und ähnlich an anderen Stellen.

¹¹² KfW, Jahresbericht 1950, S. 44.

nach Lage der Dinge vor allem schon aus währungspolitischen Gründen unververtretbar. Jede Ausweitung des Geldvolumens würde angesichts der Engpässe in der Grundstoffproduktion, der prekären Situation der westdeutschen Zahlungsbilanz (...), der beträchtlichen Preissteigerungen auf den Weltmärkten und der Verknappungserscheinungen bei gewissen internationalen Rohstoffen nur dazu führen, das Preis- und Lohngefüge im Bundesgebiet zu gefährden, das Realeinkommen der breiten Schichten entscheidend zu beeinträchtigen und damit das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Geldes zu zerstören.¹¹³

Auch die Alliierten haben die Währungsstabilität in Deutschland als hohes Ziel betrachtet. Unter Hinweis auf einen Absatz des amerikanischen Economic Cooperation Act von 1948, der später ganz ähnlich auch in das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika von 1949 übernommen worden ist, hieß es in einem Brief von BICO an den Vorsitz der Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets vom 9.3. 1949: „The importance of promoting or maintaining financial stability cannot be exaggerated. The Military Governors will only approve requests for the release of counterpart funds in the light of the general economic and financial situation existing in the Bizone at the time when the requests are received.“¹¹⁴ Im Allgemeinen scheinen die Amerikaner aus Währungsgründen denn auch die Tendenz gehabt zu haben, die Gegenwertmittel eher länger als kürzer stillzulegen¹¹⁵.

Vertrauen in die neue Währung war das Schlüsselwort. Das wurde mit Blick auf die Bizone im übrigen auch ausdrücklich von der OEEC anerkannt¹¹⁶. Daß das Vertrauen zunächst nicht besonders gefestigt war, haben die Ereignisse des zweiten Halbjahrs 1948 belegt. Aber auch anlässlich der Abwertungen vom Herbst 1949 und vor allem in der Koreakrise 1950/51 kam es noch einmal zu Abhebungs- bzw. Kaufwellen mit ihrer inhärenten Inflationstendenz¹¹⁷. Ebenfalls kennzeichnend für die Labilität des Vertrauens in die DM auch noch nach 1948 war die Wertpapierscheu des Publikums. Wenn man sparte, dann in Form von Spareinlagen, die man jederzeit ohne Kursverlust verwerten konnte¹¹⁸. Schließlich signalisierten auch die freien Devisenmärkte ständige Gefahren für die Währung. Noch Anfang Mai 1951 wurde die DM in Zürich mit einem Disagio von etwa 15% gehandelt¹¹⁹.

¹¹³ Ebenda, S. 37.

¹¹⁴ BA Koblenz Z 14/146.

¹¹⁵ Gespräch mit Dr. Günter Keiser, Min.-Dir. a. D., am 10.2. 1984 in München.

¹¹⁶ IFZ-Archiv, MF 260, 11/133-3/6, BICO, ERP Secretariat, Subj.: Financial Situation of the Bizone, 7.7. 1949.

¹¹⁷ Monatsberichte der BdL, Okt. 1949, S. 5; Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1950, S. 8 f.; dass. für 1951, S. 10; 4. Bericht der Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1950, S. 9.

¹¹⁸ KfW, Jahresbericht 1949, S. 34.

¹¹⁹ DM-Notierung im Züricher Freiverkehr, in: Wirtschaftsverwaltung 2 (1949), S. 174; 5. und 6. Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1951, S. 149.

Nun hat auch Abelshäuser es als einen Vorzug der Gegenwertmittel bezeichnet, daß diese geeignet gewesen seien, „die breite Öffentlichkeit zu beruhigen, die traditionell in staatlicher Kreditschöpfung den Keim zur Inflation sah“. Die Gegenwertmittel seien in Hinblick darauf aber nur ein nützliches „Placebo“, derartige Befürchtungen seien „angesichts von Massenarbeitslosigkeit und freien Produktionskapazitäten unbegründet“ gewesen¹²⁰.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle die Diskussion über die Chancen und Risiken der vermehrten Geldschöpfung in jenen Jahren fortzusetzen. Auf jeden Fall soll aber die Gegenthese formuliert werden, daß die Befürchtungen seinerzeit nicht gar so unbegründet gewesen sind. Die Bedenken gegen eine Geldschöpfung zur Investitionsfinanzierung, zumal in den erforderlichen Milliardenbeträgen (bei einem Bargeldumlauf von 11,3 Mrd. DM Ende 1952¹²¹), waren nicht aus der Luft gegriffen. Es scheint tatsächlich nicht ausgeschlossen zu sein, daß noch am Anfang der 50er Jahre stärkere Preissteigerungstendenzen, falls sie nicht energisch bekämpft worden wären, angesichts der frischen Erinnerungen des Publikums rasch zu einer erneuten kumulativen Währungszerrüttung geführt hätten. Wären aber die Zentralbankkredite an die Elektrizitätswirtschaft nicht zusätzlich gewesen, d. h. hätten sie den Geldkreislauf nicht ausgeweitet, so hätte ja an anderer Stelle entsprechend weniger Kredit zur Verfügung gestellt werden müssen. Vorausgesetzt, dafür hätten sich die technischen (und rechtlichen) Bedingungen schaffen lassen, so wäre diese Umverteilung von Kredit zugunsten der Elektrizitätswirtschaft währungspolitisch natürlich nicht zu kritisieren gewesen. Was sie aber sonst an Veränderungen bewirkt hätte, läßt sich ohne genauere Hinweise darauf, wo an anderer Stelle die der Elektrizitätswirtschaft zufließenden Mittel eingespart werden sollten und konnten, kaum beurteilen. Bis etwa zur Jahresmitte 1951 läßt sich allenfalls *eine* Periode finden, in der möglicherweise eine etwas stärkere Geldschöpfung hätte betrieben werden können, nämlich das halbe Jahr vor Ausbruch des Koreakrieges¹²². Dem stand aber ein *anhaltend* hoher Finanzierungsbedarf für dringende Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft und anderen Grundstoffbereichen während der ganzen Zeit gegenüber. Zentralbankgeldschöpfung war also keine reale Alternative zu den Gegenwertmitteln.

IV. Schlußbemerkungen

Unsere Untersuchung unterscheidet sich von anderen über den Marshallplan im wesentlichen durch zwei Merkmale: 1. Sie konzentriert sich als „mikroökonomische“ Analyse auf zwei industrielle Schlüsselsektoren. 2. Sie sucht die Bedeutung der Marshallplan-Leistungen durch eine möglichst konkrete Betrachtung ihrer Wirkun-

¹²⁰ Wiederaufbau (s. Anm. 3), S. 569.

¹²¹ Deutsches Geld- und Bankwesen (s. Anm. 6), S. 4.

¹²² Damals forderten auch die Amerikaner von der Bundesregierung ein durch Kreditschöpfung finanziertes Investitionsprogramm; Adamsen (s. Anm. 71), S. 82.

gen unter Einschluß der Abschätzung denkbarer Alternativen darzulegen. Wir kommen zu dem Ergebnis, daß die ersten Baumwoll-Lieferungen aus Marshallplan-Mitteln, obgleich sie verhältnismäßig spät in Westdeutschland eingetroffen sind, einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Währungs- und Wirtschaftsreform geleistet haben. Sodann ist gezeigt worden, daß die Marshallplan-Gegenwertmittel den Kapazitätsausbau der Stromerzeugungsanlagen wesentlich beschleunigt und damit zu einem rascheren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion beigetragen haben.

Für die zutreffende Bewertung des Marshallplans spielt eine große Rolle, worin die entwicklungspolitischen Probleme dieser Zeit gesehen werden. Ohne daß dies hier ausführlich begründet werden konnte, gehen wir von der vielfältig bestätigten Tatsache aus, daß es in der Nachkriegszeit einen Überschuß an Arbeitskräften und ebenfalls vielfach unausgenützte Produktionskapazitäten gegeben hat. Allerdings waren die Strukturen der Produktionsmittel nicht aufeinander abgestimmt. Den Überkapazitäten in einigen Bereichen standen Engpässe in anderen gegenüber. Besonders kritisch war die Versorgung mit (in- und ausländischen) Vor- und Zwischenprodukten. Ihre Verfügbarkeit hat das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen und die Entwicklungschancen entscheidend bestimmt. Zusätzliche Lieferungen solcher Engpaßmaterialien bzw. die Kapazitätserweiterung in Engpaßbereichen waren der Schlüssel zur besseren Ausnutzung vorhandener Potentiale.

Zur Abschätzung der Bedeutung derartiger „Schlüsselprodukte“ gibt es keine standardisierten Verfahren. Ganz sicher genügt es nicht, lediglich die seinerzeit erfaßten Wertströme zusätzlicher Leistungen oder zusätzlicher Investitionen zu messen und sie etwa mit der Bevölkerungszahl (DM je Einwohner), der Höhe des Sozialprodukts oder der gesamtwirtschaftlichen Investitionssumme zu vergleichen. In einer Zeit, in der der amtlich festgelegte Wechselkurs der DM in Dollar alles andere als die Dollarknappheit spiegelte, ja Dollargüter großenteils nur im Rahmen von Hilfsprogrammen erworben werden konnten, mußten die „Schattenpreise“ dieser Güter weit über jenen liegen, die den Abrechnungen der Leistungen tatsächlich zugrundegelegt worden sind und aus denen sich ergab, daß z. B. im Jahr 1949 die Marshallplan-Lieferungen einen Wert von DM 30,- je Einwohner gehabt haben. Die Zeitgenossen haben zurecht angenommen, daß die Marshallplan-Mittel ein Vielfaches dessen bewirkt haben als das, was die Zahlenwerke auf der Basis von Rechnungspreisen zum Ausdruck bringen.

In der vorliegenden Arbeit ist nicht der Versuch gemacht worden, solche „Schattenpreise“ zu ermitteln, wohl aber einige Wirkungen der Marshallplanhilfe so konkret wie möglich zu bezeichnen. Selbstverständlich hängen die Urteile über die Rolle des Marshallplans davon ab, welche Vorstellungen man vom Verlauf einer westdeutschen Geschichte ohne den Marshallplan hat. Diese Vorstellungen erfordern unvermeidlich Spekulationen. Der Verlauf einer Geschichte, die nicht stattgefunden hat, kann allenfalls plausibel gemacht, nicht aber wissenschaftlich begründet werden. Allerdings würde die wissenschaftliche Diskussion über den Marshallplan sehr gewinnen, wenn man sich mehr als bislang der unter Wirtschaftshistorikern

inzwischen verbreiteteren Methode des „kontrafaktischen Denkens“ bedienen wollte. In diesem Fall ist tunlichst genau zu spezifizieren, welche anderen als die tatsächlich beobachtbaren Methoden seinerzeit das erkannte Problem hätten lösen können – mit welchen denkbaren Haupt- und Nebenwirkungen, mit welchen Kosten. Nur wenn die Geschichte, die nicht stattgefunden hat, weil es den Marshallplan gegeben hat, ähnlich präzise beschrieben wird wie die tatsächliche Geschichte, können die Schätzurteile fruchtbar diskutiert werden.

Wir haben in unsere Fallstudien ausdrücklich Erwägungen über Alternativen, also zur „kontrafaktischen Geschichte“, einbezogen. Aus ihnen ergeben sich die Urteile über die Bedeutung der betrachteten Marshallplan-Leistungen. Allerdings muß jede kontrafaktische Argumentation gewisse Tatsachen als gegeben voraussetzen. Es bleibt den Lesern anheimgegeben, ob sie die von uns gemachten Annahmen plausibel finden oder durch andere ersetzen wollen.

Auf eine Grenze unserer Art von Betrachtung muß aber noch ausdrücklich aufmerksam gemacht werden. Unserer sektoralen Analyse haben wir jeweils nur Annahmen darüber unterlegt, daß die spezifischen Marshallplan-Leistungen nicht erbracht worden wären. Aber die gesamte Konfiguration der Daten, die wir benutzt haben, entstammt natürlich einer durch den Marshallplan geprägten Geschichte. Ohne den Marshallplan hätte es aber nicht nur die in der 1. Fallstudie betrachteten Baumwoll-Lieferungen und die in der 2. Fallstudie betrachteten Gegenwertmittel nicht gegeben. Die ganze Geschichte Westeuropas wäre eine weitgehend andere und zahlreiche (positive) Randbedingungen unserer Fallstudien wären betroffen gewesen. Das scheint die Annahme zu rechtfertigen, daß die von uns betrachteten sektoralen Wirkungen, selbst wenn sie in diesem oder jenem Detail zu günstig ausgefallen sein sollten, in der Tendenz den wirtschaftlichen Gesamteffekt des Marshallplans eher unter- als überschätzen.